

CHINA

MEINUNGSFREIHEIT – IN CHINA NUR WUNSCHDENKEN

DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

»Es versteht sich von selbst, dass das eigentliche Lebenselixier der Informationsgesellschaft die Freiheit ist. Erst durch diese Freiheit können Menschen in allen Teilen der Welt von Wissen profitieren, Journalisten ihre wertvolle Tätigkeit ausüben und Bürger ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen. Ohne das Recht, mittels Medien über Grenzen hinweg nach Informationen und Ideen zu suchen, sie zu empfangen und mit anderen zu teilen, wird sich die Informationsrevolution nicht entwickeln können. Und die angestrebte Informationsgesellschaft wird reines Wunschdenken bleiben.«

Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1997 bis 2006

Ins Deutsche übersetzte und gekürzte Fassung
des im Juli 2006 von der britischen Sektion von
amnesty international veröffentlichten Berichts
»**Undermining Freedom of Expression in China –
The role of Yahoo!, Microsoft and Google**«
(ai-Index: POL 30/026/2006)
Verbindlich ist das englische Original.

CHINA

INHALT

Zusammenfassung

Seite 03

1. Das Recht auf Meinungsfreiheit

Seite 06

- 1.1 Das Recht auf Meinungsfreiheit – ein fundamentales Menschenrecht
- 1.2 Die Regulierung des Internets und die Menschenrechte

2. Unternehmen und ihre Verantwortung für die Menschenrechte

Seite 08

- 2.1 Unternehmen und ihre Verantwortung für die Menschenrechte
- 2.2 Die Verantwortung von Internetunternehmen

3. Überblick über die Menschenrechtslage in der VR China

Seite 11

- 3.1 Überblick über die Menschenrechtslage in der VR China
- 3.2 Massives Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger
- 3.3 Die Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung
- 3.4 Internetzensur in China

4. Die Rolle von Yahoo!, Microsoft und Google

Seite 15

- 4.1 Diskrepanz zwischen Worten und Taten
- 4.2 Die Umgehung des Grundsatzes, dass die Nutzer an erster Stelle stehen
- 4.3 Rechtfertigungsstrategien der Unternehmen
- 4.4 Vom Dementi zur Bestätigung

5. Empfehlungen von amnesty international

Seite 25

Zusammenfassung

amnesty international hat zahlreiche Berichte veröffentlicht, in denen die Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung dokumentiert sind.¹

Da ausländische Unternehmen in China zunehmend im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie investieren, geraten sie in Gefahr, Menschenrechtsverletzungen Vorschub zu leisten. Dies gilt insbesondere in Zusammenhang mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Unterdrückung regierungskritischer Stimmen. amnesty international hat Internetunternehmen zum Gegenstand dieses Berichts gemacht, weil sie nach Auffassung der Menschenrechtsorganisation ein Teil des Problems sind. Die Organisation möchte hingegen erreichen, dass diese Unternehmen einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China leisten.

Der Bericht schildert zunächst, wie das Internet in China eingesetzt wird, um Menschen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung vorzuenthalten. Er beleuchtet dabei sowohl das Vorgehen der chinesischen Behörden zur Unterdrückung kritischer Stimmen als auch die Rolle von Unternehmen wie Yahoo!, Microsoft und Google. Ein Vergleich zwischen den von diesen Firmen proklamierten Werten und der konkreten Praxis macht eklatante Widersprüche deutlich. Der Bericht hinterfragt daher die Grundsätze der Unternehmen sowie die von ihnen vorgebrachten Rechtfertigungsstrategien. Nach Ansicht von amnesty international halten diese einer eingehenden Prüfung nicht stand. Abschließend werden Empfehlungen formuliert, die es den Unternehmen ermöglichen sollen, im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen zu handeln.

Das Internet und das Recht auf freie Meinungsäußerung – eine neue Herausforderung für die Menschenrechte?

Das Internet ist eine der gewaltigsten Erfindungen des digitalen Zeitalters. Es birgt das Potenzial zur Emanzipation und Bildung von Menschen, zur Überwindung kultureller Barrieren und zur Schaffung weltumspannender Gemeinwesen. Jeder einzelne kann durch das Internet am freien Austausch von Informationen und Ideen zwischen Menschen in der ganzen Welt teilhaben.

Das Potential des Internets, Staatsgrenzen zu überwinden und Informationen ohne Rücksicht auf geographische Hindernisse zu vermitteln, hat dazu geführt, dass Regierungen gezielte Anstrengungen unternehmen, um Grundfreiheiten zu beschneiden. Dies betrifft fundamentale Menschenrechte wie das Recht auf Privatleben, auf freie Meinungsäußerung und auf Informationsfreiheit.²

In einigen Ländern, in denen abweichende Meinungen unterdrückt werden, findet der Kampf um das Recht auf freie Meinungsäußerung inzwischen online statt. Regierungen verwenden immer mehr Mittel und Mühe darauf, den Zugang zu Informationen im Internet unter ihre Kontrolle zu bringen und die Nutzer dieses neuen Mediums zu überwachen. Ziel ist es, die Verbreitung regierungskritischer Informationen zu unterbinden, sowie Dissidenten aufzuspüren und zu observieren. Ihnen droht die Gefahr, allein aufgrund der Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung zu Gefängnisstrafen verurteilt zu werden.³

Doch auch das Internet selbst kann als Repressionsinstrument eingesetzt werden. Und zwar, indem Kommunikationsstränge überwacht und Informationen zensiert oder gefiltert werden. Auch Datenbanken, die immense Mengen von Informationen speichern, bieten repressiven Regierungen die Möglichkeit, die Grundfreiheiten und fundamentalen Menschenrechte ihrer Bürger zu beschränken. Diese Restriktionen wirken sich nicht nur auf die Menschen in dem betreffenden Land aus, sondern auf alle, die Informationen über dieses Land vermitteln oder empfangen möchten.

Es gibt durchaus Bereiche, in denen der eingeschränkte Zugang zu bestimmten Informationen einen wichtigen Beitrag zum Menschenrechtsschutz darstellt, so zum Beispiel im Bereich Kinderpornografie. Internationale Menschenrechtsstandards enthalten jedoch strenge Auflagen, die präzise festlegen, unter welchen Umständen solche Restriktionen zulässig sind. Die Formen von Zensur, die in diesem Bericht geschildert werden, stehen jedoch im Widerspruch zu vielen staatlichen Gesetzen und weltweit anerkannten Normen und Werten.

Die Rolle von Unternehmen bei der Beschneidung des Internets

Um repressive Maßnahmen umzusetzen, sind Regierungen auf die Hilfe von Unternehmen angewiesen, die ihnen die entsprechende Informations- und Kommunikationstechnologie liefern. Dies wirft die Frage auf, inwieweit Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden können, die von staatlicher Seite begangen werden. Ein Unternehmen, das einem repressiven Regime Technologie zur Verfügung stellt, läuft Gefahr, zum Komplizen bei der Verübung von Menschenrechtsverletzungen zu werden.

Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie zur Unterdrückung kritischer Meinungen ist in vielen Ländern zu beobachten. Der Fall China hat in der Weltöffentlichkeit jedoch größte Besorgnis hervorgerufen.⁴ Zum einen deshalb, weil das System der Internetrepression in der Volksrepublik China im Vergleich zu anderen Ländern besonders perfektioniert ist. Zum anderen liegt dies an der Rolle der ausländischen Internetfirmen, die bereit sind, mit der Regierung der VR China zusammenzuarbeiten, um so den großen und lukrativen chinesischen Markt zu erschließen.⁵ Internetunternehmen wie Yahoo!, Microsoft und Google sind in die Schlagzeilen geraten, da sie dazu beitragen, dass der chinesische Staatsapparat, seine Kontrolle und die Beschneidung der Grundfreiheiten weiter aufrechterhalten kann. Indem sie sich den Zensurbestimmungen der chinesischen Behörden fügen, erwecken diese Unternehmen den Eindruck, dass sie den Bestrebungen der chinesischen Regierung zur Kontrolle des freien Informationsaustauschs Vorschub leisten oder diese gutheißen.

Die Internetfirmen haben durch ihre Handeln auch gegen ihre eigenen erklärten Werte und Unternehmensleitlinien verstoßen.

Die internationale Besorgnis angesichts der Rolle von US-Unternehmen bei der staatlichen Internetzensur in der Volksrepublik China hat den Ausschuss für Internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses dazu bewogen, zusammen mit dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen sowie dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik eine Anhörung anzuberaumen.⁶ Einige der Beteiligten, die dort zu Wort kamen, vertraten die Ansicht, dass US-Internetunternehmen, darunter Yahoo!, Microsoft und Google, mit den chinesischen Behörden gemeinsame Sache gemacht und so die

von ihnen selbst proklamierten Werte sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit ausgehöhlt hätten.

Google war noch am ehesten bereit, öffentlich einzuräumen, dass seine Handlungen mitunter mit seinen Grundsätzen kollidieren.

Zwar gibt es durchaus auch andere Internetunternehmen, die an der staatlichen Internetzensur und Unterdrückung abweichender Meinungen in China beteiligt sind und einer eingehenden Untersuchung wert gewesen wären, das Augenmerk dieses Berichts beschränkt sich jedoch auf Yahoo!, Microsoft und Google.⁷

Diese drei Unternehmen haben alle auf die eine oder andere Weise die praktische Anwendung der Zensur in China begünstigt oder Beihilfe dazu geleistet. So versorgte zum Beispiel Yahoo! die chinesischen Behörden mit privaten und vertraulichen Informationen über seine Nutzer. Diese persönlichen Daten wurden anschließend dazu verwendet, mindestens zwei Journalisten zu Freiheitsstrafen zu verurteilen, die amnesty international als gewaltlose politische Gefangene betrachtet. Microsoft hat eingeräumt, auf Anweisung der chinesischen Behörden einen Weblog geschlossen zu haben. Google wiederum brachte in China eine zensierte Version seiner internationalen Suchmaschine auf den Markt. Damit haben alle drei Unternehmen ihre eigenen Leitlinien missachtet. Versprechen, die sie ihren Mitarbeitern, Kunden und Anlegern gaben, wurden angesichts von Marktchancen und Druck von Seiten der chinesischen Regierung über Bord geworfen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Erklärungen dieser Unternehmen ernst genommen werden können, oder ob sie lediglich als inhaltslose PR-Maßnahmen anzusehen sind.

Von den drei genannten Unternehmen war Google noch am ehesten bereit, öffentlich einzuräumen, dass die Praxis gelegentlich mit den Grundsätzen des Unternehmens kollidiere. Der Konzern versprach, die Transparenz für chinesische Google-Nutzer zu erhöhen, indem diese darüber informiert werden, wenn es sich um ein gefiltertes Suchergebnis handelt. Zwar ist dies nur eine von vielen Maßnahmen, die denkbar wären, um die Transparenz zu erhöhen. Es ist aber zumindest ein erster Schritt.

»

MEINUNGSFREIHEIT – IN CHINA NUR WUNSCHDENKEN

Yahoo! hat in besonderer Weise dazu beigetragen, kritische Stimmen zu unterdrücken. Das Unternehmen wurde seiner Verantwortung nicht gerecht, wonach es dafür Sorge zu tragen hat, dass seine geschäftlichen Aktivitäten und die seiner Partner nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Dies stellt einen Verstoß gegen weltweit anerkannte Menschenrechtsprinzipien für Unternehmen dar.⁸

Yahoo!, Microsoft, Google haben die Anwendung der Zensur in China begünstigt oder Beihilfe dazu geleistet.

In ihren Rechtfertigungen bezüglich ihres Auftretens in China verwiesen Yahoo!, Microsoft und Google darauf, dass sie verpflichtet seien, die Gesetze des jeweiligen Landes zu befolgen. Sie argumentieren weiter, dass dies zwar kein Idealzustand sei, dass ihre Präsenz in China aber einen positiven Wert an sich darstelle. Auch ohne ihr Zutun würde es in China Zensur geben, und zensierte Informationen seien allemal besser als gar keine Informationen.

In Wahrheit ist das Internet nunmehr seit über einem Jahrzehnt in der Volksrepublik China etabliert, so dass man nicht mehr davon sprechen kann, dass die weltweit größten Internetunternehmen mithelfen, das Internet in China zu verbreiten. Vielmehr sind sie darum bemüht, sich einen möglichst großen Teil dieses rapide wachsenden Marktes zu sichern. Die Notwendigkeit, nationale Gesetze zu befolgen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Unternehmen in einer globalen Wirtschaft operieren, die Regulierungen auf unterschiedlichen Ebenen unterworfen ist. Transnationale Unternehmen müssen sowohl die Gesetze des Landes achten, in dem sie geschäftlich aktiv sind, als auch eine Vielzahl internationaler Rechtsnormen, bewährter Praktiken, interner Leitlinien und Regeln. Die Konsequenzen dieser weiter gefassten Verantwortlichkeit werden in Kapitel 2 dieses Berichts behandelt.

amnesty international ist der Überzeugung, dass es durchaus Maßnahmen gibt, die Yahoo!, Microsoft, Google und andere Internetunternehmen ergreifen könnten und sollten, um in Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen zu handeln. Zwar beziehen sich die in Kapitel 5 aufgeführten Empfehlungen auf die spezifische Situation in China, dieselben Leitsätze sollten jedoch von Unternehmen bei ihren geschäftlichen Aktivitäten weltweit befolgt werden.

1. DAS RECHT AUF MEINUNGSFREIHEIT

1.1 Das Recht auf freie Meinungsäußerung – ein fundamentales Menschenrecht

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein fundamentales Menschenrecht, dessen Gewährleistung Voraussetzung für die Wahrnehmung aller anderen Menschenrechte ist. Wo dieses Recht unterdrückt wird, kommt es auch zu anderen Menschenrechtsverletzungen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird auf unterschiedliche Weise beschrieben: Es ist entscheidend für die Freiheit, Ideen zu entwickeln und zu diskutieren, die der Suche nach Wahrheit und Verständnis dienen («Marktplatz der Ideen»), es liegt der Autonomie und Selbsterfüllung des Einzelnen zugrunde, und es ist wesentlich für die wirksame Teilnahme am politischen Leben einer demokratischen Gesellschaft.

Artikel 19 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* lautet:

»Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, sich Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu beschaffen, zu empfangen und zu verbreiten.«

amnesty international setzt sich für die Rechte jedes Menschen auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie auf freie Meinung und Meinungsäußerung ein, wie sie in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, im *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und in anderen internationalen Menschenrechtsverträgen festgelegt sind.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist kein absolutes Recht. Gemäß dem Völkerrecht können Regierungen unter bestimmten Umständen gewisse Formen der Meinungsäußerung oder der Informationsfreiheit aus eng definierten Gründen der nationalen Sicherheit, des Schutzes der öffentlichen Werteordnung oder zum Schutze der Rechte und des guten Rufes Dritter einschränken, aber nur insoweit, als dies unbedingt erforderlich ist. So vertritt amnesty international stets die Meinung, dass jegliches Predigen nationalistisch, rassistisch oder religiös bedingten Hasses, das einen Aufruf zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt

darstellt (auch unter dem Begriff »Hasspredigt« bekannt), verboten sein muss. Allerdings ist es laut Völkerrecht nicht erlaubt, das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken oder zu verbieten, nur weil andere sich daran stören könnten, oder weil Behörden die Auffassung vertreten, dass es ein Risiko für die öffentliche Ordnung darstelle. In internationalen wie regionalen Menschenrechtsverträgen ist genau festgelegt, dass jede derartige Beschränkung gesetzlich verankert sein, ein legitimes Ziel verfolgen und eine angemessene Reaktion⁹ darstellen muss. Die Nachweispflicht über die Rechtmäßigkeit der Begründung liegt bei den Regierungen.

1.2 Die Regulierung des Internets und die Menschenrechte

Die Aktivitäten der Internetfirmen und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte sind im Kontext der Verwaltung und Regulierung des Internets auf nationaler und internationaler Ebene zu betrachten. Dies ist ein kontroverses Thema, zu dem Vertreter von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der ganzen Welt dezidierte Meinungen haben. Die Vereinten Nationen veranstalteten daher zwei Weltkonferenzen zum Thema Informationsgesellschaft (WSIS, 2003 in Genf und 2005 in Tunis), an denen 175 Länder teilnahmen, um einen Rahmen für die globale Verwaltung des Internets zu entwickeln.¹⁰ Letztendlich wurde auf dem Treffen in Tunis keine Einigung darüber erzielt, wie das Internet zu verwalten sei. Es wurde beschlossen, die meisten Kontrollbefugnisse dort zu lassen, wo sie gegenwärtig liegen: konzentriert in den Händen der in den Vereinigten Staaten angesiedelten Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und -Adressen (ICANN). Nachdem kein verbindliches Übereinkommen über die Zukunft der Verwaltung des Internets, ja noch nicht einmal eine Definition der Auslegung dieses Begriffs, erreicht werden konnte,¹¹ kamen die Beteiligten überein, ein beratendes »Forum für Internet-Verwaltung« zu errichten.

»

1. DAS RECHT AUF MEINUNGSFREIHEIT

Die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten, auch der Rechts auf freie Meinungsäußerung, ist für die Schaffung der Informationsgesellschaft von grundlegender Bedeutung. So erklärte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Ansprache anlässlich des WSIS-Treffens in Tunis:

»Es versteht sich von selbst, dass das eigentliche Lebenselixier der Informationsgesellschaft die Freiheit ist. Erst durch diese Freiheit können Menschen in allen Teilen der Welt von Wissen profitieren, Journalisten ihre wertvolle Tätigkeit ausüben und Bürger ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen. Ohne das Recht, mittels Medien jeglicher Art über Grenzen hinweg nach Informationen und Ideen zu suchen, sie zu empfangen und mit anderen zu teilen, wird sich die Informationsrevolution nicht entwickeln können und die angestrebte Informationsgesellschaft wird reines Wunschdenken bleiben.«¹²

In ähnlicher Weise betont die vom WSIS in Genf vereinbarte und in Tunis bekräftigte Grundsatzerklärung die Bedeutung, die der Achtung der Menschenrechte beim Aufbau der Informationsgesellschaft zukommt. Dies spiegelt sich beispielsweise in den folgenden Äußerungen wider:¹³

Wir bekräftigen als unabdingbare Grundlage der Informationsgesellschaft und gemäß Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass jeder das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung hat und dass dieses Recht die Freiheit einschließt, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. Kommunikation ist ein grundlegender sozialer Prozess, ein menschliches Grundbedürfnis und die Grundlage aller sozialen Organisation. Sie ist Dreh- und Angelpunkt der Informationsgesellschaft. Alle Menschen, gleich wo auf der Welt, sollten die Gelegenheit haben, an der Informationsgesellschaft teilzuhaben, und niemandem sollten die Vorteile, die sie bietet, verwehrt sein.

Wir bekräftigen ferner unser Bekenntnis zu Artikel 29 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, in dem es heißt, dass jeder Pflichten gegenüber der Gemeinschaft hat, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist, und dass jeder bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen ist, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden. Auf diese Weise fördern wir eine Informationsgesellschaft, in der die Menschenwürde geachtet wird.

Um diese Bekenntnisse in die Realität umzusetzen, äußerte der Menschenrechtsausschuss des WSIS, in dem sich 65 Organisationen zusammengeschlossen haben, im Rahmen der Vorbereitung auf das erste Forum für Internet-Verwaltung seine Besorgnis über die Auswirkungen der Internet-Politik auf die Meinungsfreiheit und den Schutz der Privatsphäre.¹⁴ Der Ausschuss möchte gewährleisten, dass allen Maßnahmen, die bezüglich der Verwaltung des Internets beschlossen werden, der Menschenrechtsschutz zugrunde liegt. Er strebt ferner an, eine Unabhängige Kommission über die Informationsgesellschaft und Menschenrechte einzurichten, die sich aus Sachverständigen aus den entsprechenden Fachgebieten und möglichst vielen verschiedenen Regionen zusammensetzt, um die relevante Gesetzgebung und ergriffenen Maßnahmen zu überwachen und zu prüfen. Damit soll gewährleistet werden, dass Gesetze und Maßnahmen den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Durch Verbesserungen bei der Verwaltung des Internets im Hinblick auf die Menschenrechte wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Unternehmen, die Dienstleistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie anbieten, die Menschenrechte achten.

2. UNTERNEHMEN UND IHRE VERANTWORTUNG FÜR DIE MENSCHENRECHTE

2.1 Unternehmen und ihre Verantwortung für die Menschenrechte

In welchem Umfang Unternehmen Verantwortung für die Menschenrechte tragen, wird zurzeit noch diskutiert. Dies wird auch deutlich aus den Empfehlungen der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die diese 2005 an die Menschenrechtskommission¹⁵ der UNO richtete. Zwar liegt die Verantwortung für die Achtung und den Schutz von Menschenrechten, wie dem Recht auf freie Meinungsäußerung, primär bei den Regierungen, aber auch Unternehmen tragen in ihrem Tätigkeits- und Einflussbereich Verantwortung. Diese leitet sich zum einen aus der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* und zum anderen aus internationalen Verträgen sowie der nationalen Gesetzgebung ab.¹⁶ Sie spiegelt sich zunehmend in Verhaltenskodizes für Unternehmen wider, die von zwischenstaatlichen Organen sowie Unternehmensverbänden und einzelnen Betrieben entwickelt werden.

Im Rahmen des Völkerrechts und internationaler Standards wurde die Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte bereits über Staaten hinaus auf Einzelpersonen, bewaffnete Gruppen, internationale Organisationen sowie andere private Akteure ausgeweitet. Die *Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte* (UN-Normen), die vom Unterausschuss der Vereinten Nationen für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte im Jahr 2003 verabschiedet wurden, stellen den bisher umfassendsten Versuch dar, die Verantwortung von Unternehmen im Menschenrechtsbereich zu formulieren.¹⁷ Obwohl die UN-Normen selbst nicht rechtsverbindlich sind, bieten sie eine Orientierungsmarke, anhand derer Regierungen und Unternehmen prüfen können, inwiefern ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit Menschenrechtsstandards im Einklang stehen.

Im Jahr 2005 forderte die UN-Menschenrechtskommission den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf, einen Sonderbeauftragten für Menschenrechte und Wirtschaftsunternehmen zu ernennen. Das Mandat umfasst »die Feststellung und Klärung von Standards für Unternehmensverantwortung und -rechnungspflicht« sowie »die Klärung der Bedeutung von Begriffen wie ›Beihilfe‹ und ›Einflussbereich‹¹⁸ für transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen«.

Der Begriff der Beihilfe ist komplex, aber äußerst wichtig für die Betrachtung der Rolle, die in China tätige Internetfirmen spielen. Der zweite Grundsatz des *Global Compact der Vereinten Nationen*, den mehr als 2500 Unternehmen unterzeichnet haben, verpflichtet Wirtschaftsunternehmen »zu gewährleisten, dass sie keine Beihilfe zu Menschenrechtsverstößen leisten«. Unternehmen sind oft in Form von Joint Ventures mit nationalen oder regionalen Regierungen oder anderen Partnern aus dem privaten Sektor tätig, und hierbei könnte es zu Anschuldigungen der Beihilfe kommen, wenn dieser Geschäftspartner gegen Menschenrechte verstößt.¹⁹ Einer Definition der »Beihilfe« zufolge leistet ein Unternehmen Beihilfe zu Menschenrechtsverstößen, wenn es Menschenrechtsverstöße, die durch eine mit ihm verbundene Institution begangen wurden, genehmigt, toleriert oder wissentlich ignoriert, oder wenn das Unternehmen wissentlich »praktische Hilfe leistet oder zu bestimmten Handlungen ermutigt, wodurch das Begehen von Menschenrechtsverstößen wesentlich begünstigt wird«. ²⁰

Vier Situationen verdeutlichen, in welchen Fällen der Vorwurf der Beihilfe gegen ein Unternehmen erhoben werden könnte: Erstens, wenn ein Unternehmen durch Andere begangene Menschenrechtsverletzungen – direkt oder indirekt – aktiv unterstützt; zweitens, wenn das Unternehmen mit einer Regierung partnerschaftlich zusammenarbeitet und nach vernünftigen Ermessen vorhersehen könnte, bzw. später in Erfahrung bringt, dass die Regierung zur Erfüllung der Vereinbarung wahrscheinlich Menschenrechtsverletzungen begehen wird; drittens, wenn das Unternehmen Nutzen aus Menschenrechtsverstößen zieht,

»

2. UNTERNEHMEN UND IHRE VERANTWORTUNG FÜR DIE MENSCHENRECHTE

selbst wenn es sie nicht aktiv unterstützt oder verursacht; und viertens, wenn das Unternehmen angesichts von Menschenrechtsverletzungen Stillschweigen bewahrt bzw. keine Gegenmaßnahmen ergreift.²¹

Es mag nicht immer klar ersichtlich sein, inwiefern Unternehmen dafür verantwortlich sind, die Menschenrechte zu unterstützen oder in den oben beschriebenen Situationen zu handeln, bzw. nicht zu handeln. So stellt sich zum Beispiel die Frage, wie viel das Unternehmen über die Menschenrechtsverstöße gewusst hat, bzw. hätte wissen müssen, und inwiefern es durch seine Handlungen oder Unterlassungen zu den Verstößen beigetragen hat. Obwohl noch nicht abschließend festgelegt wurde, wie der Begriff der Beihilfe durch die Unternehmen genau zu verstehen ist,²² ist das Risiko der Beihilfe dann besonders hoch, wenn ein Unternehmen Menschenrechtsverletzungen vonseiten des Staates durch seine Handlungen oder Unterlassungen wissentlich ermöglicht und keine in seiner Macht liegenden Maßnahmen ergreift, um die Situation zu ändern. Dies ist ein Risiko, dem Internetfirmen ausgesetzt sind.

2.2 Die Verantwortung von Internetunternehmen

Viele Unternehmen wurden einer kritischen Prüfung unterzogen, da sie anscheinend mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit in China in Verbindung stehen. Zu diesen zählen Sun Microsystems, Cisco Systems, Nortel Networks und Motorola.²³ Der vorliegende Bericht konzentriert sich jedoch auf die Rolle von Yahoo!, Microsoft und Google. Aufgrund ihrer Größe und ihrer Rolle auf dem globalen Markt haben diese Unternehmen einen größeren Einfluss hinsichtlich der Menschenrechte als andere Internetfirmen. Der Hauptgrund für die Wahl dieser Firmen ist allerdings, dass ihr Verhalten in jüngster Zeit zu schwer wiegenden menschenrechtlichen Folgen für einzelne Nutzer führte.

Die oben dargestellte allgemeine Verantwortung von Firmen hat Implikationen für Unternehmen, die in Zuwiderhandlung der Artikel 12 und 19 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* die Technologie, Geräte oder Dienste verkaufen, die der Überwachung privater E-Mails oder der Zensur des Internetzugangs dienen. Die genannten Artikel schützen das Recht jedes Men-

schen auf sein Privatleben, auf freie Meinungsäußerung sowie auf die Freiheit, Informationen zu empfangen und zu verbreiten. Ein Unternehmen, das Technologie, Geräte oder Dienste in dem Wissen verkauft, dass diese für repressive Zwecke verwendet werden können, beteiligt sich faktisch an der Repression.

Unternehmen stehen zwar unter dem Druck der Anteilseigner, ihre Gewinne zu maximieren, und sind daher auf lukrativen Märkten präsent, dies enthebt sie jedoch nicht ihrer Verantwortung in Menschenrechtsfragen. Diese Ansicht spiegelt sich in einer gemeinsamen Erklärung einer Reihe von institutionellen Anlegern zum Recht auf freie Meinungsäußerung und dem Internet wider. Die Investmentfonds, die diese Erklärung unterzeichnet haben, haben sich dazu verpflichtet, die Handlungen von Internetfirmen in repressiven Ländern zu überwachen.²⁴

Gemeinsame Erklärung von Investoren zum Recht auf freie Meinungsäußerung und das Internet

Als Investoren und Analysten erkennen wir an, dass unsere Investitionsentscheidungen weltweit Auswirkungen auf die Menschenrechte haben. Daher verpflichten wir uns, die uns zur Verfügung stehenden Mittel zur Wahrung der in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen skizzierten Menschenrechte in der ganzen Welt einzusetzen. Zu diesen Rechten zählen die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die Sicherheit der Person. Die wachsende Verbreitung des Internets bietet erhebliche Möglichkeiten für eine breitschichtige globale Vermögensschöpfung. Unternehmen, die Internetdienste und -technologien bereitstellen, nehmen eine führende Rolle beim Aufbau globaler Gemeinschaften und der Verbreitung von Wissen ein. Wir sind der Ansicht, dass Maßnahmen von Regierungen, die auf die Zensur, Überwachung, Isolation und Inhaftierung von Internetnutzern abzielen, weil sie ihre grundlegenden Menschenrechte nach der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* wahrnehmen, zu verhindern drohen, dass die daraus erwachsenden Vorteile im vollen Umfang genutzt werden können. Wir sind ferner der Ansicht, dass derartige Maßnahmen bedeutende Hindernisse für das Wachstum von im Internetsektor tätigen Firmen darstellen, die von einem großflächig verknüpften, frei zugänglichen Internet abhängig sind.

»

2. UNTERNEHMEN UND IHRE VERANTWORTUNG FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Die Unterzeichner erklären daher, um das Recht auf freie Meinungsäußerung zu fördern:

Wir

- » bekräftigen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung ein allgemeines Menschenrecht ist, zu dessen Wahrung Unternehmen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit weltweit, und vor allem in Ländern, in denen es in der Vergangenheit zu schwer wiegenden Menschenrechtsverletzungen gekommen ist, verpflichtet sind;
- » bekräftigen, dass im Internetsektor tätige Firmen aus einer Reihe von Gründen eine besondere Verantwortung auf diesem Gebiet haben, unter anderem weil:
 - ihr langfristiger Erfolg von einem großflächig verknüpften, unzensurierten Internet abhängt; und weil
 - Millionen von Menschen für einen verlässlichen Zugang zu Nachrichten und Informationen von ihren Produkten und Dienstleistungen abhängig sind;
- » erkennen an, dass zahlreichen glaubwürdigen Quellen zufolge eine Reihe von Ländern in der ganzen Welt keine öffentliche Äußerung abweichender Meinungen tolerieren und den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Internet als Mittel der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung überwachen und kontrollieren;
- » erkennen an, dass einige Unternehmen den Behörden in repressiven Ländern bei der Zensur und der Errichtung von Überwachungsmechanismen im Internet behilflich sind, und dass andere die Augen davor verschließen, wie ihre Produkte eingesetzt werden;
- » erklären, dass die Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung ein Faktor ist, den wir bei der Bewertung der gesellschaftlichen Leistung von Unternehmen berücksichtigen;
- » kündigen an, dass wir die Geschäfte von Internetfirmen in Ländern mit repressiven Regierungen beobachten werden, um ihre Auswirkungen auf den Zugang zu Nachrichten und Informationen zu bewerten;

- » verpflichten uns, auf Jahreshauptversammlungen von börsennotierten Unternehmen Resolutionen von Shareholdern zu unterstützen, von denen wir glauben, dass sie der freien Meinungsäußerung förderlich sind oder die Grundsätze dieser Erklärung auf andere Weise weltweit fördern;
- » fordern Internetfirmen auf, Ethikrichtlinien aufzustellen und zu veröffentlichen, die ihr Engagement für das Recht auf freie Meinungsäußerung betonen und festlegen, wie sie dieses Freiheitsrecht unterstützen werden;
- » fordern Internetfirmen auf, Informationen zu veröffentlichen, anhand derer Investoren prüfen können, was jedes Unternehmen unternimmt, um zu gewährleisten, dass seine Produkte und Dienstleistungen nicht dazu verwendet werden, Menschenrechtsverletzungen zu begehen (einschließlich Produkte und Dienstleistungen, die die Zensur im Internet, die Überwachung sowie die Feststellung der Identität von Dissidenten ermöglichen).

3. ÜBERBLICK

ÜBER DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN DER VR CHINA

3.1 Überblick über die Menschenrechtslage in der VR China

»Wenn man sich nicht traut, den Menschen zu erlauben, ihre freie Meinung zu äußern, ... wird man großes Unheil heraufbeschwören. Dies wird dann zwangsläufig zu kollektivem Widerstand führen und der Auslöser von Unruhen sein. ... Die Geschichte hat gezeigt, dass man nur in totalitären Systemen eine Kontrollierung der Medien braucht. Dies geht auf die irrige Annahme zurück, dass man die Öffentlichkeit für ewige Zeit im Dunkeln lassen kann.«

Diese Worte stammen nicht etwa von einem prominenten chinesischen Bürgerrechtler, sondern von einer Gruppe alt gedienter Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas, darunter ein früherer Propagandachef und der ehemalige persönliche Sekretär von Mao Zedong. Es handelt sich um ein Zitat aus einer gemeinsamen Erklärung, die sie im Februar 2006 an die neue Führungsrunde von Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao gerichtet haben.

Die eindeutige Stellungnahme war eine Reaktion auf die Schließung der populären Zeitschrift »Bingdian" (Gefrierpunkt) durch die Behörden und auf die Welle von Entlassungen, Festnahmen und Gefängnisstrafen gegen Journalisten, Herausgeber und private Internetnutzer, welche die engen Grenzen der Zensurbestimmungen ausdehnen wollten. Maßnahmen, die deutlich machen, dass sich die Situation in der Volksrepublik China hinsichtlich freier Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit drastisch verschlechtert hat. Angesichts dieser Aussage alt gedienter Parteikader ist das gänzliche Fehlen, bzw. die kaum zu vernehmende Kritik ausländischer Regierungen an anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in China umso beschämender.

amnesty international musste in den vergangenen Jahren eine deutliche Verschlechterung der Menschenrechtslage in China feststellen. Der Spielraum für öffentliche Kritik wird zunehmend kleiner. Rechtsanwälte, Journalisten und Menschenrechtsvertei-

diger werden drangsaliert, eingeschüchtert, in Haft genommen oder zu Gefängnisstrafen verurteilt. Es liegen zahlreiche Berichte darüber vor, dass die Behörden auf legitime Beschwerden und Forderungen nach Gerechtigkeit – unter anderem im Zusammenhang mit Landenteignungen ohne Einhaltung des Rechtsweges oder angemessene Entschädigung – mit Repressionen und Gewalt reagieren. Mit Tausenden von Menschen, die in China jedes Jahr zum Tode verurteilt und hingerichtet werden, liegt das Land in dieser Statistik weltweit an der Spitze. Es hat zudem den Anschein, dass die Todesstrafe dazu dienen soll, tiefer liegenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen beizukommen. Die ethnische Minderheit der Uiguren in dem Autonomen Uigurischen Gebiet Xinjiang (Sinkiang) ist verstärkten Repressionen ausgesetzt, die unter dem Deckmantel des »Krieges gegen den Terror«²⁵ von den Behörden ausgeübt werden. Auch in Tibet werden die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit massiv beschnitten. Christen, die nicht einer der staatlich zugelassenen Kirchen angehören, müssen ihren Glauben im Untergrund praktizieren und damit rechnen, dass ihre Privatwohnungen von Polizeirazzien heimgesucht und sie selbst festgenommen werden. Mitglieder verbotener spiritueller Bewegungen wie Falun Gong werden brutal verfolgt.

3.2 Massives Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger

Die wachsende Unduldsamkeit auf Seiten der gegenwärtigen chinesischen Führung gegenüber öffentlicher Kritik mündet in Inhaftierungen, »Verschwindenlassen«, Gefängnisstrafen, Misshandlungen, Einschüchterungen und Drangsalierungen von Menschenrechtsverteidigern und anderen Personen, die ihre Rechte einfordern. Am 8. Februar 2006 trat der prominente Anwalt und Menschenrechtler Gao Zhisheng aus Protest gegen die brutale Behandlung von Rechtsanwälten, Beschwerdeführern und anderen Menschenrechtsverteidigern in den Hungerstreik. Im Anschluss an diesen Hungerstreik wurden zahlreiche Personen in Gewahrsam genommen, verhaftet oder verschwanden von der Bildfläche. So war Hu Jia, ein prominenter Verfechter

»

3. ÜBERBLICK ÜBER DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN DER VR CHINA

der Rechte von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken, über zwei Monate verschollen, nachdem er am 16. Februar 2006 ohne Anklageerhebung inhaftiert worden war. Die Behörden weigerten sich, Auskunft über seinen Verbleib zu geben und bestritten seine Inhaftierung. Qi Zhiyong, der sich für die Rechte von Behinderten einsetzt, verschwand ebenfalls am 15. oder 16. Februar 2006 und blieb bis zum 28. März 2006 ohne Anklage oder Prozess in Gewahrsam. Er hatte 1989 bei der gewaltsamen Niederschlagung einer Demonstration der Demokratiebewegung Schussverletzungen erlitten und ist seitdem Invalide. Wang Lizhuang, einen 48-jährigen Professor der Medienwissenschaften, der einen offenen Brief für in Shanghai von Zwangsräumungen betroffene Bewohner verfasst hatte, nahm die Polizei am 21. Februar 2006 an seinem Arbeitsplatz fest. Zu weiteren von den Behörden ins Visier genommenen Menschenrechtsverteidigern gehören Ouyang Xiaorong, Chen Xiaoming, Wang Lizhuang, Mao Hengfeng, Ma Yalian, Yan Zhengxue und Yu Zhijian, um nur einige der amnesty international vorliegenden Fälle zu nennen.

3.3 Die Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung

Während der Schwerpunkt dieses Berichts auf Internetunternehmen liegt, beschäftigt sich amnesty international hinsichtlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung hauptsächlich mit der Rolle der chinesischen Behörden, die das bereits sehr ausgeklügelte System der Zensur durch immer neue Vorschriften und Kontrollen ausweiten. Diese Kontrollen greifen auf allen Ebenen – von Service Providern über Internet-Cafés und Weblog-Manager bis hin zu den einzelnen Nutzern. Trotz ausgefeilter Technologien zum Filtern von Inhalten steht und fällt die Wirksamkeit der Zensur mit der herrschenden Praxis der Selbstzensur. Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen achten peinlich genau darauf, nicht zu weit zu gehen, um so drohenden Sanktionen zu entgehen. Noch immer werden in China vage formulierte Straftaten in Bezug auf Staatsgeheimnisse angewandt, um Journalisten, Herausgeber und Internetnutzer zu inhaftieren, die regierungskritische Meinungen geäußert oder Informationen in Umlauf gebracht haben, die sich kritisch mit der Regierung auseinandersetzen.

So wurde der Journalist Shi Tao im April 2005 wegen Preisgabe von »Staatsgeheimnissen« zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.²⁶ Er hatte im Internet eine Direktive der Regierung veröffentlicht, die regelte, wie die Medien mit dem bevorstehenden Jahrestag der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 umgehen sollten.

amnesty international fordert
die Regierungen auf der ganzen Welt auf,
Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht
auf freie Meinungsäußerung in China zu fördern.

Sie sollen

- » die chinesische Regierung drängen, die Gesetze über Staatsgeheimnisse dahingehend zu revidieren, dass die vage, weit gefasste und rückwirkende Definition von »Staatsgeheimnissen« und »nationalen Interessen« mit internationalen Menschenrechtsnormen in Einklang gebracht wird;
- » die chinesische Regierung drängen, die Vorschrift abzuschaffen, wonach Internet-Cafés die Identität von Kunden prüfen müssen, bevor sie ihnen Zutritt zum Internet gewähren;
- » die chinesischen Behörden mit Nachdruck auffordern, die Vorschrift abzuschaffen, wonach Medienorganisationen ohne staatlichen Sponsor keine Lizenz erhalten;
- » mit inländischen Unternehmen, die als Anbieter von Informations- und Kommunikationstechnologien in China aktiv sind, das Thema der Beihilfe von Unternehmen zu staatlicher Zensur in China erörtern.

»

3. ÜBERBLICK ÜBER DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN DER VR CHINA

Der Fall Shi Tao – zehn Jahre Haft für das Versenden einer E-Mail



Shi Tao

Der chinesische Journalist Shi Tao verbüßt derzeit in China eine zehnjährige Freiheitsstrafe, weil er am 20. April 2004 eine E-Mail versandt hatte, in der er den Inhalt einer amtlichen Verlautbarung der Zentralen Propagandaabteilung zusammengefasst hatte, das der Zeitung, für die Shi Tao arbeitete, mündlich übermittelt worden war. Zum Versenden der E-Mail an den Herausgeber einer in den USA

betriebenen Website der chinesischen Demokratiebewegung benutze er seinen bei Yahoo! eingerichteten Account.

Aufgrund dieser E-Mail beschuldigten die chinesischen Behörden Shi Tao, »Staatsgeheimnisse illegal an ausländische Stellen weitergeleitet« zu haben. Er wurde am 24. November 2004 festgenommen und am 14. Dezember 2004 offiziell in Untersuchungshaft überstellt. Am 27. April 2005 verurteilte ihn ein Gericht zu zehn Jahren Gefängnis. Die vage formulierte juristische Definition von »Staatsgeheimnissen“ bietet den chinesischen Behörden einen breiten Ermessensspielraum, Personen zu inhaftieren, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung friedlich wahrgenommen haben.

Laut der Durchsicht des Urteilspruchs des Mittleren Volksgerichts der Provinz Hunan in Changsha hat das in den USA beheimatete Internetunternehmen Yahoo! Holdings (Hongkong), Auskunft über seine Account-Kunden erteilt. Diese Informationen wurden in dem Verfahren gegen Shi Tao als belastendes Beweismaterial vorgebracht und führten zu der zehnjährigen Haftstrafe.

Ein Vertreter der Familie von Shi Tao reichte daraufhin eine Datenschutzbeschwerde beim Hongkonger Datenschutzbeauftragten (Privacy Commissioner for Personal Data) gegen das Tochterunternehmen von Yahoo! in Hongkong ein.

Shi Tao befindet sich gegenwärtig im Chishan-Gefängnis und muss dort unter sehr harten Haftbedingungen Zwangsarbeit verrichten. Seine Familie wird von den Behörden drangsaliert. So musste die Ehefrau des Gefangenen täglich Verhöre durch Vertreter des Amtes für öffentliche Sicherheit über sich ergehen

lassen. Sie wurde von ihrem Arbeitgeber so lange gedrängt, sich scheiden zu lassen, bis sie schließlich nachgab. Shi Taos Onkel und Bruder werden ebenfalls observiert und sowohl an ihrem Arbeitsplatz als auch zu Hause schikaniert. Sogar seine Mutter wird auf Schritt und Tritt verfolgt und drangsaliert, weil sie sich für die Freilassung ihres Sohnes einsetzt.

amnesty international betrachtet Shi Tao als gewaltlosen politischen Gefangenen, der allein wegen der friedlichen Wahrnehmung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert ist – ein Recht, das sowohl im Völkerrecht als auch in der Verfassung der Volksrepublik China verankert ist.

3.4 Internetsensur in China

Die hoch entwickelte Technologie, die es der Regierung ermöglicht, Internetinhalte zu sperren und zu filtern, wird vorrangig von ausländischen Unternehmen entwickelt.

Seit der Einführung des Internets in der Volksrepublik China im Jahr 1994, und insbesondere seit seiner kommerziellen Nutzung ein Jahr später, ist die chinesische Regierung bestrebt, dessen Inhalte zu kontrollieren und Informationen, die als schädlich oder brisant angesehen werden, fernzuhalten. Mit seinen über 111 Millionen Internetnutzern²⁷ verfügt das Land nach Meinung von Experten im weltweiten Vergleich über das umfassendste, technologisch höchstentwickelte und weitest reichende System der Internetfilterung.²⁸ Mit großer Sorge stellt amnesty international fest, dass die chinesischen Behörden zahlreiche Maßnahmen ergreifen, um die Verbreitung von Informationen einzudämmen und Bürger zu verfolgen, die ihr legitimes Recht auf freie Meinungsäußerung in friedlicher Weise wahrnehmen möchten.

Rechtsanwälte, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger werden beständig drangsaliert, eingeschüchtert, festgenommen und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die hoch entwickelte Technologie, die es der Regierung ermöglicht, Internetinhalte zu sperren und zu filtern, wird vorrangig von ausländischen Unternehmen entwickelt. Zu den indizierten Wörtern und Wendungen gehören Begriffe wie »Menschenrechte«, »Demokratie« und »Freiheit«. Das allumfassende System der Herausfilterung »unerwünschter“ Informationen ist deshalb

»

3. ÜBERBLICK ÜBER DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN DER VR CHINA

so effektiv, weil das Verfahren keinerlei Transparenz unterliegt. Für chinesische Bürger gibt es keine Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen, um die Blockierung einer Seite rückgängig zu machen. Zudem ist nicht öffentlich bekannt, welche Wörter und Wendungen verboten sind und wie das Verfahren aussieht, nach dem bestimmte Themen auf den Index gesetzt werden. Im September 2005 erließ die Regierung »Bestimmungen über die Verwaltung von Internet-Nachrichtendienstleistungen«, denen zufolge alle Einzelpersonen und Organisationen, die Nachrichten veröffentlichen, einer behördlichen Genehmigung bedürfen. Als einzige Begründung für diese Entscheidung nannte die Regierung, dass dies den Interessen des »Sozialismus« und des »Staates« diene und geeignet sei »die öffentliche Meinung in korrekte Bahnen zu leiten«. In China gibt es Angaben zufolge Tausende von Internetpolizisten, die täglich das Netz durchforsten.²⁹

amnesty international hat seine diesbezüglichen Anliegen im Februar 2006 in der Menschenrechtssitzung vor dem US-Kongress vorgebracht.³⁰ Dazu gehörte die Tatsache, dass einzelne Personen wegen Meinungsäußerungen und der Veröffentlichung von Informationen, die von der Regierung als »subversiv« eingestuft werden, unter Berufung auf Gesetze zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, welche auch die Todesstrafe vorsehen. China ist gegenwärtig das Land mit den meisten inhaftierten Journalisten und Internet-Dissidenten weltweit. So hat amnesty international die Fälle von mindestens 54 chinesischen Internetnutzern dokumentiert, bei denen davon auszugehen ist, dass sie wegen Handlungen wie der Unterzeichnung von Petitionen, der Forderung nach einem Ende der Korruption, der Verbreitung von Informationen über die Krankheit SARS oder der geplanten Gründung von pro-demokratischen Gruppen Haftstrafen verbüßen.³¹

Trotz ausgefeilter Technologien zum Filtern von Inhalten steht und fällt die Wirksamkeit der Zensur mit der herrschenden Praxis der Selbstzensur.

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

4.1 Diskrepanz zwischen Worten und Taten

Werte sind Überzeugungen, die die Entscheidungen und Taten jedes Einzelnen beeinflussen. Viele Unternehmen verweisen mittlerweile auf bestimmte Werte und Grundsätze, die ihrer Geschäftstätigkeit nach eigenen Angaben zugrunde liegen. Die Unternehmen verwenden diese Grundsätze oder »Leitbilder«, um Investitionen zu sichern, leistungsfähige Mitarbeiter einzustellen und Kunden zu gewinnen. Die Grundsätze zeigen unter anderem, welche Art von Risiken das Unternehmen einzugehen bereit ist und was die Beteiligten erwarten können. Für Kunden, Investoren und Analysten ist es interessant zu wissen, wie und nach welchen Grundsätzen ein Unternehmen Entscheidungen trifft. Grundsätze bieten jedoch nicht nur Anhaltspunkte dafür, wie ein Unternehmen in bestimmten Situationen reagieren wird, sie dienen auch den Angestellten als Leitlinie für ihr Verhalten.

Die Auswirkungen der Tätigkeit von Internetfirmen auf die Menschenrechte sind im Kontext der Verwaltung und Regulierung des Internets auf nationaler und internationaler Ebene zu betrachten

Yahoo!, Microsoft und Google beanspruchen für sich, ethisch verantwortungsvolle Unternehmen zu sein. Sie haben die Grundsätze, nach denen sie ihre Geschäfte führen, öffentlich dargelegt, so dass Kunden wie Investoren diese Überzeugungen nachvollziehen und fundierte Entscheidungen treffen können. Diese Darstellungen finden sich in den Jahresberichten, Reden, Pressemitteilungen und auf den Websites der Unternehmen. Die Wertvorstellungen der Unternehmen können auch aus den Verhaltenskodizes und aus Erklärungen von Verbänden, denen

«Es entbehrt jeder Logik, wenn Unternehmen sagen, dass sie die Grenzen der Freiheit in China erweitern, wenn sie exakt diese Funktionen aus ihren Produkten entfernen, welche sie zu einem Instrument für die Erlangung einer größeren Freiheit machen.»

Tom Malinowski, Human Rights Watch

»Chinesische Bürger sind bereit, für das Recht auf freie Meinungsäußerung ins Gefängnis zu gehen, während bestimmte amerikanische Unternehmen für dieselbe Sache nicht dazu bereit sind, auf Gewinne zu verzichten.«

James A. Leach, US-Kongressabgeordneter

sie angeschlossen sind, abgelesen werden. So sind Microsoft und Google Mitglieder der Internet Society, einer nichtkommerziellen Organisation mit der Aufgabe, »die offene Entwicklung und Nutzung des Internets zum Wohle aller Menschen auf der ganzen Welt«³² zu fördern. Der Verhaltenskodex dieser Organisation sieht vor, dass die Mitgliedsunternehmen bei allen Geschäftsaktivitäten »die Rechte der Internetnutzer auf Privatsphäre sowie freien Zugang zu Informationen und Kommunikation wahren werden«.³³ Durch ihre Beziehung zu dieser Organisation stellen sich die genannten Unternehmen als Unterstützer und Verfechter dieses Grundsatzes dar.

Yahoo!s Werte

Yahoo! sagt von sich selbst:

»Unsere Mission besteht darin, der wichtigste weltweite Internetdienst für Privat- und Unternehmenskunden zu sein. Die Art, wie wir unsere Mission verfolgen, wird durch eine Reihe von Kernwerten beeinflusst – Richtlinien für den Umgang mit anderen Yahoo!s, Prinzipien für die Erbringung von Dienstleistungen für unsere Kunden und Idealvorgaben für das, was wir tun und wie wir es tun. Viele unserer Werte wurden vor einiger Zeit von zwei jungen Männern in einem Wohnwagen in die Praxis umgesetzt; andere spiegeln Ambitionen wider, die aus dem Wachstum unseres Unternehmens heraus entstehen. All diese versuchen wir jeden Tag zu erreichen.«³⁴

Yahoo!s Werte sind in verschiedene Kategorien eingeteilt: Exzellenz, Innovation, Kundenbindung, Teamarbeit, Gemeinschaft und Spaß. Sie umfassen außerdem »ein überzeugtes Sendungsbewusstsein, die Gesellschaft zu verändern und Internet-Nutzern Dinge ermöglichen zu können, die bis dato

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

unmöglich waren« sowie – zumindest auf der englischen Website – »Erfolg durch Integrität«.

Yahoo! behauptet, dass seit seiner Gründung 1995 Folgendes gilt:

»Yahoo! liegen feste Überzeugungen unserer Gründer zugrunde, nach denen unsere Mitarbeiter leben: Wir sind davon überzeugt, dass das Internet auf Offenheit basiert, vom Zugang zu Informationen zur kreativen Ausdrucksform. Wir fühlen uns dazu verpflichtet, den Einzelnen einen schnellen Zugang zu Informationen und Möglichkeiten des offenen Meinungsaustauschs zu bieten.«³⁵

Yahoo! behauptet ferner, die Privatsphäre seiner Kunden zu wahren und sich der Tatsache bewusst zu sein, dass die dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Daten sicher verwaltet werden.³⁶

Yahoo!'s Praxis

Yahoo! war 1999 eines der ersten ausländischen Internetunternehmen auf dem chinesischen Markt. 2005 investierte das Unternehmen eine Milliarde US-Dollar in die chinesische Internetfirma Alibaba und übertrug dieser die Eigentümerschaft über Yahoo! China. Mit einem Anteil von 40 Prozent ist Yahoo! mittlerweile Minderheitsaktionär von Alibaba und behauptet deshalb, dass nicht Yahoo!, sondern Alibaba für die Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden verantwortlich sei. Das Unternehmen gibt ferner an, sich nicht in das Tagesgeschäft der Firma Alibaba einzumischen und lediglich einen Sitz im Verwaltungsrat inne zu haben. Bei seiner Aussage im US-amerikanischen Repräsentantenhaus im Februar 2006 unternahm Yahoo! außerdem den Versuch, sich von der Verantwortung für seine Tätigkeit in China zu distanzieren, indem es »die US-Regierung« drängte, »auf Regierungsebene eine führende Rolle einzunehmen ... letztendlich stehen der US-Regierung die größten Druckmittel zur Verfügung«.³⁷

2002 unterzeichnete Yahoo! freiwillig eine »Selbstverpflichtung der Internetbranche« in China.³⁸ Darin verpflichtete sich das Unternehmen unter anderem dazu, »von der Erstellung,

Bekanntmachung oder Verbreitung schädlicher Informationen, die die Staatssicherheit und die soziale Stabilität gefährden, Gesetzen und Verordnungen zuwiderhandeln und Aberglauben und Obszönitäten verbreiten könnten, abzusehen«.

Yahoo! war durch keinerlei Gesetz dazu gezwungen, diese Selbstverpflichtung zu unterschreiben. Durch diesen Schritt ordnete sich das Unternehmen jedoch dem politischen Ansatz der chinesischen Regierung unter, abweichende Meinungen zu unterdrücken, und beschädigte damit seine Glaubwürdigkeit in diesem Prozess.

Yahoo!'s Behauptung, dass diese Selbstverpflichtung keinen größeren Zwang auferlege, als sowieso schon durch die Gesetze vor Ort vorgegeben ist, ist umstritten. Durch die Unterzeichnung der Selbstverpflichtung erklärt Yahoo! sein Einverständnis und seine Unterstützung für bestimmte Vorgaben der chinesischen Regierung, die den international anerkannten Menschenrechten und dem Recht auf freie Meinungsäußerung zuwiderlaufen. Seit der Unterzeichnung der Selbstverpflichtung hat Yahoo! über die chinesische Version seiner Suchmaschine Suchergebnisse zensuriert. Yahoo! gab außerdem zu, den chinesischen Behörden Daten geliefert zu haben, die zur Festnahme und Inhaftierung von mindestens zwei Journalisten, Li Zhi und Shi Tao, führten, die amnesty international als gewaltlose politische Gefangene betrachtet. Beide Männer wurden für die Verbreitung von unerwünschten Informationen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Der Fall von Shi Tao (siehe Kasten S.13) ist international massiv verurteilt worden. In dem von amnesty international 2004 veröffentlichten Bericht *Controls tighten as Internet activism grows* wird die Inhaftierung von Li Zhi im Jahr 2003 dargestellt. Die Rolle, die Yahoo! dabei spielte, kam jedoch erst vor kurzem ans Licht.³⁹

Yahoo! erkennt an, dass der Fall von Shi Tao »große und beunruhigende Fragen im Hinblick auf grundlegende Menschenrechte aufwirft«, lehnt jedoch jegliche Verantwortung ab.⁴⁰

Yahoo! China war gesetzlich verpflichtet, den Erfordernissen der chinesischen Vollstreckungsbehörden nachzukommen ... Letztendlich haben amerikanische Unternehmen in China die Wahl: Entweder richten wir uns nach den chinesischen Gesetzen oder wir verlassen das Land.«

Michael Callahan, Senior Vice President und General Counsel, Yahoo!

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

Microsofts Werte

Laut Microsofts jüngster Werbekampagne geht es dem Unternehmen darum, dass Nutzer ihr Potenzial voll ausschöpfen können:

»Wir sehen, wie die großen Denker der Geschichte immer dort auftauchen, wo sie gerade benötigt werden. Die Begegnung mit bedeutenden Lehrmeistern, bedeutenden Büchern und bedeutenden Gedanken ist die wichtigste Voraussetzung für das Lernen, unabhängig vom Ort des Lernenden oder des Klassenzimmers. Wenn die Welt des Wissens sich ihnen öffnet, können Kinder in jede Richtung wachsen. Für uns ist es ein Ansporn, Software zu entwickeln, die ihnen dabei hilft, ihr Potential voll auszuschöpfen.

Ihr Potential. Unser Antrieb.™«

In seinem Leitbild behauptet Microsoft, dass Integrität und Aufrichtigkeit, Offenheit und der respektvolle Umgang mit anderen ganz oben auf seiner Werteskala stehe.

»Wir bei Microsoft sind uns darüber bewusst, dass unser Ruf unmittelbar widerspiegelt, wie wir unsere Unternehmenswerte durch unsere Handlungen jeden Tag unter Beweis stellen.«

Microsoft

Das Unternehmen gibt an, »hart dafür gearbeitet zu haben, Microsoft zu einem wertegeleiteten Unternehmen zu machen, das die höchsten Verhaltensstandards bei seiner Geschäftstätigkeit einhält, die ethischen und rechtlichen Erwartungen der Länder, in denen wir Geschäfte machen, einhält oder sogar übertrifft, und danach strebt, den Menschen in der ganzen Welt zu ermöglichen, ihr Potential voll auszuschöpfen«. Es behauptet ferner: »Als führendes Unternehmen in der globalen Gemeinschaft fühlen wir uns dafür verantwortlich, auf nationaler wie regionaler Ebene einen Dialog über die tagesaktuellen Themen zu führen. Im Laufe der letzten Jahre haben wir unser Team für Regierungsbeziehungen stetig vergrößert, um diesem Erfordernis gerecht zu werden«. Und weiter heißt es: »Microsofts Arbeit dient dazu, Ländern in aller Welt dabei zu helfen, Informations- und Kommunikationstechnologie und -software zur Steigerung des sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehens ihrer Bevölkerungen einzusetzen.«⁴³

»Von Ihren unzufriedensten Kunden können Sie am meisten lernen.«

Bill Gates, Microsoft



Microsoft-Chef Bill Gates beteiligte sich aktiv an der Zensur-Debatte. Anlässlich eines neuen amerikanischen Gesetzes zur Beschränkung des Internetzugangs zum Schutze von Kindern vor Pornografie sagte er:

»Microsoft und andere Unternehmen sowie nichtkommerzielle Organisationen haben sich sehr dafür engagiert, einen Wortlaut zu verhindern, der weit reichende Einschränkungen der Nutzung des Internets für die freie Veröffentlichung von Informationen bedeuten würde. Der Wortlaut, der vorgeblich darauf abzielt, Kinder von pornografischen Inhalten fernzuhalten, schränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung viel zu sehr ein. ... Wir sollten den weltweiten Trend zur freien Meinungsäußerung nicht untergraben, indem wir ein schlechtes Beispiel geben, wenn es zur Redefreiheit in einem Computernetzwerk kommt.«⁴⁴

Diese Äußerung legt nahe, dass Microsoft an bestimmte Grundsätze glaubt, die weltweit gelten. Dies wird durch eine weitere Äußerung von Bill Gates verstärkt: »Wenn Sie Zugang zu einem PC und zum Internet haben, können Sie fast alle Informationen abrufen, die weltweit öffentlich verfügbar sind.«⁴⁵ Während dies in einigen Ländern weitgehend der Fall sein mag, trifft es auf die Menschen in China nicht zu, denn Gates' Vision setzt die Informationsfreiheit sowie das Fehlen politischer Zensur voraus.

»Verantwortungsvolles zivilgesellschaftliches Engagement von Unternehmen wird durch gutes Verhalten bestimmt, nicht durch gute Absichten.«

Microsoft

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

Microsofts Praxis

Microsoft hat zugegeben, dass es Anordnungen der chinesischen Regierung Folge leistet, indem es Nutzern von MSN Spaces die Verwendung bestimmter Begriffe verweigert:

»Gemäß der Anordnung der chinesischen Regierung dürfen Spaces-Nutzer bestimmte Begriffe in ihrem Account-Namen, Space-Namen oder Space-Untertitel – oder in Bild-Unterschriften – nicht verwenden. Wir setzen zu diesem Zweck eine Liste mit 'verbotenen Begriffen' ein und bemühen uns nach Kräften, diese Liste auf ein Mindestmaß an Begriffen zu beschränken.«⁴⁶

Gleichzeitig behauptet das Unternehmen, dass MSN Spaces die Inhalte von Blogs keineswegs filtert.⁴⁷ Nach Ansicht von amnesty international entspricht diese Behauptung jedoch nicht den Tatsachen. Als Microsoft MSN Spaces im Juni 2005 in China einführte, wurden Versuche, Blogs mit Begriffen wie »Demokratie«, »Menschenrechte« und »Recht auf freie Meinungsäußerung« im Namen zu erstellen, blockiert. Stattdessen erschien folgende Fehlermeldung auf Chinesisch: »Sie müssen einen Namen für Ihren Space eingeben. Der Name darf keine verbotenen Begriffe wie Respektlosigkeiten enthalten. Bitte geben Sie einen anderen Namen ein.« Nachfolgende Tests ergaben, dass MSN außerdem die Verwendung von Begriffen wie »Unabhängigkeit Tibets« oder »Falun Gong« in Blog-Namen blockierte. Von amnesty international im Juni 2006 durchgeführte Tests ergaben, dass bestimmte Begriffe nach wie vor in Blog-Namen blockiert werden, etwa »Tiananmen-Vorfall«.

»Wir sind der Ansicht, dass Blogs und ähnliche Werkzeuge wichtige Hilfsmittel für wirtschaftliche Entwicklung und für Kreativität und freie Meinungsäußerung sind ... Wir glauben, dass wir diese Werkzeuge besser zur Verfügung stellen als sie vorzuenthalten ... Daher ist Microsoft der Ansicht, dass wir – allein aus Gründen der Menschenrechte und des Rechts auf freie Meinungsäußerung – unsere internetfähigen Dienste auch weiterhin in China anbieten sollten.«

Jack Krumholtz, Associate General Counsel und Managing Director, Federal Government Affairs, Microsoft

Microsoft hat in seinen Erklärungen versucht, die Unterscheidung zwischen dem »Verhindern« von Suchanfragen (»Blockieren«) und dem »Filtern« der Suchergebnisse zu verwischen. Dies verschleiern die Tatsache, dass Microsofts Suchmaschine in China (MSN China) die Ergebnisse von Suchabfragen nach

politisch heiklen Begriffen filtert. Dies bedeutet zum Beispiel, dass von der Gesamtzahl der Websites, die potentiell durch eine Suchabfrage etwa mit dem Begriff »Tiananmen-Platz« gefunden werden könnten, eine bestimmte Anzahl durch die Suchmaschine selbst aus den Ergebnissen gelöscht wird. Wenn über »beta.search.msn.com.cn« eine Suche mit einem politisch brisanten Begriff durchgeführt wird, erscheint eine Seite, auf der in Chinesisch steht: »Bestimmte Inhalte wurden aus den Ergebnissen dieser Suche entfernt.« Bei den im Juni 2006 durchgeführten Suchabfragen wurde diese Meldung bei Begriffen wie »Falun Gong«, »Unabhängigkeit Tibets« und »4. Juni« (Datum des Tiananmen-Massakers) angezeigt. Bei den Ergebnissen, die für derartige Abfragen angezeigt werden, dominieren offizielle und andere durch die Regierung genehmigte Seiten. Dies kommt einer Zensur gleich.

Da unbekannt ist, welche Begriffe tatsächlich von Microsoft blockiert werden und ob Begriffe in chinesischer Sprache eher zensiert werden als Begriffe in anderen Sprachen, ist es schwierig festzustellen, in welchem Umfang Microsoft derartige Filterungen vornimmt.

Der chinesische Journalist und Blogger Zhao Jing (auch bekannt als Michael Anti) nutzte MSN Spaces für seinen Weblog. Der Blog von Zhao, der ein aktiver Kritiker der Zensur in China ist, wurde nach einer entsprechenden Aufforderung durch die chinesischen Behörden am 30. Dezember 2005 von Microsoft gesperrt. Der Blog wurde direkt auf Servern in den Vereinigten Staaten entfernt und damit nicht nur in China, sondern global zensiert. Nachdem Microsoft umgehend für sein Verhalten kritisiert wurde, stellte das Unternehmen angeblich Standards auf, an die es sich künftig halten wolle. Microsoft behauptet, dass es Blogs nur dann entfernt, wenn es eine formelle rechtliche Mitteilung der chinesischen Regierung erhält, und dass der Zugang lediglich in China wohnhaften Nutzern verwehrt würde.

Googles Werte

Am 19. Juli 2001 traf sich eine Gruppe von Google-Mitarbeitern, um über die Vision der Gründer zu diskutieren und ein Motto als Leitlinie für das Unternehmen zu entwickeln. Bei diesem Treffen entstand der Leitsatz »Don't be evil« – »Sei nicht böse«. Dieses Motto wurde zum Eckpfeiler der Werte des Unternehmens. »Don't be evil« ist eine Aussage, die wenig Raum

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

für Mehrdeutigkeit lässt. Die Gründer reklamieren damit eindeutig ein moralisches Bewusstsein. Doch stellt sich die Frage, ob Google diesen hohen Standard tatsächlich erfüllen kann.

»Unseren Endnutzern zu dienen, steht im Zentrum unserer Aktivitäten und bleibt unsere oberste Priorität.«

Google

Google behauptet, dass den Grundsätzen der Gründer größte Bedeutung zukommt. Im März 2006 erklärte Google-Chef Eric Schmidt: »Wir führen das Unternehmen gemäß der Philosophie und den Grundsätzen, die in dem Schreiben der ursprünglichen Gründer stehen. Wir werden das Unternehmen auch weiterhin nach diesen Grundsätzen führen.«⁴⁹

In dem Schreiben der Gründer heißt es:

»Wir haben Google als Privatunternehmen von Anfang an anders geführt. Wir haben auch eine kreative Atmosphäre befürwortet und uns Herausforderungen gestellt, was uns dabei geholfen hat, denjenigen, die sich in der ganzen Welt auf uns verlassen, unvoreingenommenen, wortgetreuen und freien Zugang zu Informationen zu bieten.«⁵⁰

Google-Chef Schmidt wies auch auf den emanzipatorischen Charakter des Internets hin:

»Die Demokratisierung der Information hat uns alle als Individuen emanzipiert. Wir müssen das, was Unternehmen, Medien oder sogar Politiker sagen, nicht mehr für bare Münze nehmen. Dort, wo die Menschen einst darauf warteten, dass man ihnen berichtete, was für Nachrichten es gab, können sie jetzt selbst entscheiden, welche Nachrichten wichtig für sie sind.«⁵¹

Dass Menschen selbst entscheiden können, welche Nachrichten ihnen wichtig sind, setzt jedoch voraus, dass sie freien Zugang zu Informationen haben. Und die Aussagen von Politikern hinterfragen zu können, setzt das Recht auf Verbreitung kritischer Meinungen voraus. Wenn eine Regierung Informationen zensieren kann, dann wird es für das Internet schwieriger, diese Rolle einzunehmen.

Eric Schmidt betonte außerdem die Rolle des Internets bei der Schaffung von Chancengleichheit auf der ganzen Welt:

»Gewinnen können wir eine Welt, in der jeder Mensch das Leben mit demselben Zugang zu Informationen und denselben Möglichkeiten zu lernen und zu kommunizieren beginnt. Ich glaube, dies ist etwas, für das es sich zu kämpfen lohnt.«⁵²

Diese Vision des Google-Chefs ist eindringlich; ihre Umsetzung hängt jedoch von der Existenz des Rechts auf freie Meinungsäußerung ab.

Googles Praxis

Trotz des Mottos »Don't be evil« und der Beteuerungen, dass Google ein Unternehmen sei, das standhaft und unerschütterlich an seinen einmal festgelegten Grundsätzen festhalte, kündigte der Konzern im Januar 2006 die Einführung von Google.cn an – einer chinesischen Suchmaschine, die der Selbstzensur unterliegt. Diese gibt es zusätzlich zur unzensierten Suchmaschine außerhalb Chinas (Google.com). Die unzensierte Version steht den chinesischen Nutzern auch weiterhin zur Verfügung, allerdings müssen die Suchabfragen durch eine chinesische »Firewall«, die wiederum eine beträchtliche Zensur vornimmt und die Suche erheblich verlangsamt. Eigenen Angaben zufolge ist Google über die Entscheidung, eine zensierte Version seiner internationalen Suchmaschine anzubieten, nicht glücklich. Laut Elliot Schrage von Google »gehört die Zensur zu den Voraussetzungen, um in China Geschäfte machen zu können – dies ist etwas, das Googles Grundwerten und Verpflichtungen als Unternehmen zuwiderläuft.«⁵³ Andrew McLaughlin, Senior Policy Counsel bei Google, sagte: »Das Filtern unserer Suchergebnisse steht eindeutig im Widerspruch zu unserem Leitbild.«⁵⁴



Zu seiner Verteidigung betont das Unternehmen, dass es einige Zugeständnisse gemacht habe, um die chinesische Bevölkerung zu schützen. So hat Google angeboten, die Nutzer zu informieren, wenn Informationen zensiert wurden, und bietet gmail und andere Dienste, bei denen persönliche und vertrauliche Informationen hinterlegt werden, nicht an, bis das Unternehmen sicher sein kann, dass es die Erwartungen der Nutzer bezüglich der Privatsphäre und der Sicherheit vertraulicher Informationen erfüllen kann.⁵⁵ Google hat erklärt, diese neuen Dienste nur dann zu seinem Angebot hinzuzufügen, »wenn die Umstände dies zulassen.« Zunächst wolle man »die Bedingungen in China sorgfältig beobachten, einschließlich neuer Gesetze und sonstiger Beschränkungen.«⁵⁶

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

Dass Google den Nutzern anzeigt, wenn eine Suche zensiert wurde, ist zwar ein positiver Schritt, doch gäbe es weitere Schritte, die unternommen werden könnten, wie zum Beispiel die Veröffentlichung der zensierten Begriffe.⁵⁷ Durch eine Zusammenarbeit der Internetfirmen ließe sich Druck auf die chinesische Regierung ausüben, diese Liste zu veröffentlichen. Es scheint so, als habe das Unternehmen die Vision seiner Gründer ad acta gelegt und seine Überzeugungen neu formuliert, wie das folgende Beispiel verdeutlicht:

Am 26. Januar 2006 bot die Google-Hilfe die folgende Antwort auf die Frage »Zensiert Google Suchergebnisse?«:

»Google zensiert keine Ergebnisse für einen beliebigen Begriff. Die Reihenfolge und Inhalte unserer Ergebnislisten erfolgen vollständig automatisiert, wir manipulieren unsere Suchergebnisse nicht manuell. Wir sind davon überzeugt, dass die Demokratie im Internet die Einbeziehung und Anordnung der Seiten in unseren Suchergebnissen bestimmen sollte.«

Einige Monate später forderte dieselbe Frage eine andere Antwort zutage:

»Googles Richtlinien untersagen es uns, Suchresultate zu zensieren. Es ist jedoch möglich, dass wir dies dennoch tun müssen, um nationalen Gesetzen, Vorschriften oder Richtlinien zu entsprechen. Falls Suchresultate aus diesen Gründen entfernt werden, zeigen wir einen entsprechenden Hinweis in unseren Suchergebnissen an.«⁵⁸

Google hat Zugeständnisse an seine Kritiker gemacht, indem es sich darum bemüht hat, sein Verhalten vernünftig zu erklären und zu verteidigen; es hat unter anderem auch angeboten, sich aus China zurückzuziehen, wenn die Situation dies verlangen würde. Dadurch, dass sich das Unternehmen der Zensurpolitik der chinesischen Regierung unterworfen hat, untergräbt Google jedoch die Grundsätze, die angeblich bestimmend für seine Geschäftstätigkeit sind.

Vertrauensbruch

Alle drei Unternehmen haben sich auf unterschiedliche Weise an der staatlich ausgeübten Zensur in China beteiligt oder diese gefördert. Yahoo! hat den chinesischen Behörden private und vertrauliche Daten über seine Nutzer zur Verfügung gestellt, die zur Verurteilung von mindestens zwei Menschen verwendet wurden, die amnesty international als gewaltlose politische Gefangene einstuft.⁶⁰ Microsoft wurde beschuldigt, aufgrund einer informellen Aufforderung von Seiten der Regierung einen Weblog gesperrt zu haben. Google brachte in China eine zensierte Version seiner internationalen Suchmaschine auf den Markt. Alle drei Unternehmen haben damit die von ihnen erklärten Grundsätze ihrer Geschäftspolitik missachtet. Sie haben damit Versprechen, die sie ihren Mitarbeitern, Kunden und Investoren gaben angesichts von Geschäftsmöglichkeiten und unter dem Druck der chinesischen Regierung gebrochen. Dies lässt Zweifel daran aufkommen, welchen Erklärungen dieser Unternehmen man Glauben schenken kann und welche lediglich als PR-Maßnahmen einzustufen sind.

Die Bereitschaft von Yahoo!, Microsoft und Google, sich über ihre Grundsätze hinwegzusetzen, kommt einem Vertrauensbruch gleich, begangen aufgrund der lukrativen Möglichkeiten, die der chinesische Markt den Unternehmen bietet. Die geschätzten 111 Millionen chinesischen Internetnutzer stellen rund 9 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas dar, die 1,3 Milliarden Menschen umfasst. Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs dürfte dieser Anteil steigen.

4.2 Die Umgehung des Grundsatzes, dass die Nutzer an erster Stelle stehen

Ein gemeinsamer Grundsatz von Yahoo!, Microsoft und Google ist, dass die Nutzer an erster Stelle stehen. Alle drei Konzerne stellen sich als verantwortungsvolle, kundenorientierte Unternehmen dar. Sie fühlen sich angeblich dazu verpflichtet, die Erwartungen der Nutzer zu erfüllen oder sogar zu übertreffen. Google behauptet sogar, zeitweise bestimmte Produkte vom chinesischen Markt ferngehalten zu haben, weil das Unternehmen nicht sicherstellen konnte, die Erwartungen der Nutzer zu erfüllen. Glaubt man den offiziellen Aussagen, so richten sich die Entscheidungen nach den »Erwartungen der Nutzer«. Es läge daher nahe zu vermuten, dass diese Firmen auf ein Interesse der

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

Nutzer an freier Meinungsäußerung und Kommunikationsfreiheit in einer Weise reagieren würden, die diese Rechte wahrt.

Die wachsende Zahl von Menschen, die Wege gefunden haben, um die Filterung zu umgehen, zeigt, dass die Nutzer in der Volksrepublik China mit gefilterten Informationen unzufrieden sind. Einzelne Nutzer entwickeln Codewörter, mit denen sie ihre Meinungen zum Ausdruck bringen können, ohne den Filtermechanismus in Gang zu setzen. Ein weiteres Beispiel ist die Kampagne »Adopt a Blog«, die aufgrund der Beschränkungen von Blog-Diensten in China ins Leben gerufen wurde. Dieses Programm verbindet Blogger in China mit Bloggern in anderen Ländern, damit deren Inhalte auf Servern außerhalb der chinesischen Zuständigkeit untergebracht werden können. Anonymizer, ein Unternehmen im Bereich Identitätsschutz, hat eine Anti-Zensur-Software entwickelt, die es chinesischen Nutzern erlauben soll, frei auf das Internet zuzugreifen, ohne sich vor Repression und Strafverfolgung fürchten zu müssen. Diese Beispiele geben Hinweise auf die »Erwartungen« der 111 Millionen Internetnutzer in China, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit frei von Angst und Hindernissen ausüben wollen.

4.3 Rechtfertigungsstrategien der Unternehmen

Um ihre Tätigkeit in der Volksrepublik China zu rechtfertigen, behaupten Yahoo!, Microsoft und Google, dass sie dazu verpflichtet seien, sich nach den nationalen Gesetzen zu richten. Sie argumentieren, dass die Situation zwar nicht ideal sei, ihre Anwesenheit in China jedoch der guten Sache diene. Ihrer Ansicht nach würde die Zensur auch ohne ihren Beitrag erfolgen, und zensierte Informationen seien immer noch besser als gar keine.

Erste Rechtfertigungsstrategie:

»Wir müssen uns nach den Gesetzen des jeweiligen Landes richten«

Dieses Argument geht jedoch von einer klareren Gesetzeslage aus, als sie gegenwärtig in China existiert. Tatsächlich ist das komplexe Geflecht aus Regeln, Gesetzen und Verordnungen, die für diesen Bereich relevant sind, ungenau formuliert und oft widersprüchlich. Der Wortlaut der Gesetze, die die Überwachung und Filterung von Inhalten erfordern, ist schwammig und bietet

wenig Orientierung darüber, wie und welche Informationen zu zensieren sind. Bemerkenswert ist, dass keines der Unternehmen bereit und in der Lage war, die Gesetze und Verfahrensweisen, die angeblich befolgt werden müssen, genau zu benennen. Die Unternehmen bewegen sich bei der Beurteilung, wo die Grenzen des Gesetzes liegen, faktisch in einer Grauzone. Durch diese fehlende Gewissheit ist eine Situation entstanden, in der Internetfirmen unter dem Druck stehen, »Selbstzensur« zu verüben. Es gibt keine maßgebliche Liste verbotener Wörter oder Ausdrücke. Die Unternehmen müssen ihre Grenzen selbst »ertasten«, um ihre Geschäftslizenz zu behalten, und den Filtergewohnheiten ihrer Wettbewerber folgen. Dies droht zu einer Abwärtsspirale zu führen.

»Chinas Filterungsbemühungen sind intransparent: Der Staat gibt nicht allgemein zu, dass er Webinhalte zensiert, und gleichzeitig gibt es keine Liste verbotener Sites und keine Möglichkeit für die Bürger, eine neuerliche Prüfung der Blockierung zu beantragen, wie dies in anderen Staaten, die Filterungen vornehmen, der Fall ist. Die durch die chinesischen Gesetze als sensibel beziehungsweise verboten eingestuften Themen sind breit und unspezifisch, und die Vollstreckung von Gesetzen wie das Verbot der Verbreitung von Staatsgeheimnissen hält die Bürger davon ab, die Grenzen dieser Bereiche zu testen.«⁶⁵

Darüber hinaus widersprechen die chinesischen Zensurgesetze und -praktiken dem Fundament des chinesischen Rechtssystems: der Verfassung. Die chinesische Verfassung sieht gemäß Artikel 35 das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Prozessions- und Demonstrationsfreiheit vor. Außerdem ist in Artikel 15 des Staatsratsbeschlusses Nr. 292, der im September 2000 verkündet wurde und der als Richtlinie für die Beschränkung von Inhalten für Internetanbieter dient, festgelegt, dass keine Informationen verbreitet werden dürfen, die den in der Verfassung festgeschriebenen Grundsätzen zuwiderlaufen. Die schwammigen Bestimmungen der Gesetze, die den Internetzugang regeln, sollten daher im Lichte der Verfassung interpretiert werden, da diese Vorrang vor den Gesetzen hat und im Hinblick auf internationale Menschenrechtsstandards angewandt werden sollte.

Die Notwendigkeit, sich nach den nationalen Gesetzen zu richten, sollte die Tatsache nicht verschleiern, dass die genannten Unternehmen in einer Weltwirtschaft agieren, die auf unterschiedlichen Ebenen reguliert wird. Transnationale Konzerne müs-

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

sen sowohl die Gesetze des Landes, in dem das Unternehmen eingetragen ist, als auch die breite Palette an völkerrechtlichen Bestimmungen, bewährten Praktiken sowie internen Leitlinien und Verhaltensmaßregeln berücksichtigen. Die Konsequenzen dieser weiter gefassten Verantwortlichkeit wurden in Kapitel 2 dieses Berichts behandelt. Eine Rechtfertigung mit Hinweis auf die Einhaltung der Gesetze eines Landes ist daher allzu simpel. Dies hat Microsoft in seinem Citizenship Report von 2004 sehr treffend dargelegt:

»Für uns bedeutet Einhaltung mehr als das Einhalten von Gesetzen und Verordnungen, die unser Tagesgeschäft berühren. Es bedeutet auch, dass wir unsere Werte leben und Microsofts Verhaltenskodex Rechnung tragen, die gemeinsam die Grundlage für unsere Geschäftspraktiken auf der ganzen Welt bilden. ... Als Teil unseres Engagements haben wir praktische Schritte ergriffen, um all unsere gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen oder sogar zu übertreffen.«⁶⁶

Die Unternehmen sollten auch anerkennen, dass ihre Handlungen Artikel 19 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* verletzen, der das Recht auf freie Meinungsäußerung festschreibt⁶⁷, und dass China den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* unterzeichnet hat, der näher definierte Verpflichtungen bezüglich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit enthält.⁶⁸

amnesty international ist der Ansicht, dass Unternehmen sich gegen die Verpflichtung wehren sollten, inländischen Gesetzen Folge zu leisten, die gegen internationale Menschenrechtsstandards verstoßen, indem sie zumindest die Auswirkungen derartiger Gesetze in Frage stellen und zu klären versuchen.

Die Internetfirmen sollten zu größerer Transparenz und Klarheit beispielsweise dadurch beitragen, dass sie explizit angeben, nach welchen Gesetzen sie sich richten und wie sie diese Gesetze im Hinblick auf ihre eigene Geschäftstätigkeit rechtlich interpretieren. Damit würde deutlich werden, wann ein Unternehmen nationale Gesetze einhält und wann es sich stattdessen freiwillig politischem Druck beugt, in dem es zum Beispiel die »Selbstverpflichtung der Internetbranche« in China unterzeichnet. Eine weitere Möglichkeit wäre, alle Rechtsmittel in China auszuschöpfen, wenn Unternehmen aufgefordert werden, eine staatliche Richtlinie zu befolgen, durch die sie sich an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen.

Zweite Rechtfertigungsstrategie:

»Der Zugang zu zensierten Informationen ist besser als überhaupt keine Informationen. Unsere Präsenz in dem Land wird die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen, was zu einem politischen Wandel führen wird.«

Das Argument, dass die bloße Anwesenheit der weltweit führenden Internetfirmen in China die wirtschaftliche Liberalisierung begünstigen wird, was automatisch zu politischer Freiheit führen wird, ist schlichtweg falsch. Eine solide wirtschaftliche Entwicklung setzt die umfassende Ausübung der Informationsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung voraus. Die Zensur verwehrt die Möglichkeit, das derzeitige Wirtschaftsmodell und die Maßnahmen, die zu wachsender Ungleichheit geführt haben, kritisch zu hinterfragen. So betont Sharon Hom von »Human Rights in China«, dass Engagement und Präsenz auf dem Markt allein nicht zwangsläufig zu irgendeinem Ergebnis führen, abgesehen vom Marktzugang für die Unternehmen. Das Engagement und die Präsenz von Unternehmen in China werde nur dann zu umfassenderen Reformen und größerer Offenheit beitragen, wenn diese verantwortungsvoll und stimmig gestaltet seien.⁷²

In Wirklichkeit ist das Internet seit über zehn Jahren in China etabliert; die führenden Internetanbieter wissen, dass der schnell wachsende Markt unabhängig von ihrer Anwesenheit expandieren wird. Tatsächlich fördert und billigt ihre Geschäftstätigkeit die staatliche Zensur, anstatt sie in Frage zu stellen. Es scheint, als seien die Unternehmen nur allzu bereit gewesen, sich mit den gesetzten Grenzen abzufinden, anstatt im Hinblick auf einen rechtlichen und politischen Wandel Druck auszuüben.

Während Yahoo!, Microsoft und Google argumentieren, dass ihre bloße Gegenwart politische Reformen in Gang setzen wird, ist Chinas System der Internetfilterung leistungsfähiger geworden. Einer Studie der »OpenNet Initiative« aus dem Jahr 2005 zufolge »... zeigen die Forschungen, die wir über einen Zeitraum von mehreren Jahren durchgeführt haben, ... dass das chinesische Filterungssystem ausgeklügelter geworden ist. Das Filterungssystem ist im Laufe der Zeit sowohl verbessert als auch ausgeweitet worden – eine Matrix von Kontrollen unterdrückt den Zugang zu Informationen, die von den Behörden als unzulässig angesehen werden«. Weiter heißt es in der Studie: »Die gesetzlichen Kontrollen des Internets sind in China seit dem Jahr 2000 beträchtlich erweitert worden, was auf eine erhöhte Aufmerksamkeit in Bezug auf dieses Kommunikationsmedium hinweist. Darüber hinaus ist

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

die Anzahl der für das Internet relevanten Regulierungsorgane gestiegen.«⁷³ Die Behauptung, dass die Präsenz von Internetfirmen in China Reformen herbeigeführt habe, ist damit unhaltbar.

Die Unternehmen sollten sich die Frage stellen, wie sie am wirksamsten zusammenarbeiten können, um die Nutzungsweise des Internets in China bezüglich der Menschenrechte positiv zu beeinflussen.

Dritte Rechtfertigungsstrategie:

»Das Internet in China würde auch ohne unseren Beitrag zensuriert werden«

Um die Auswirkungen der Tätigkeit von Hardware- und Softwareunternehmen im IT-Bereich zu bewerten, ist es hilfreich, die Entwicklung der Internetzensur in China zu betrachten.

Als China sich 1995 der kommerziellen Nutzung des Internets öffnete, blockierte es laut *Washington Post* den Zugang zu drei ausländischen Websites.⁷⁴ Obwohl Umfang und Anzahl von Internetseiten, die heute gefiltert werden, nicht messbar sind, ist davon auszugehen, dass Tausende von ihnen die chinesischen Nutzer nie erreichen werden.

Je populärer das Internet wird, umso mehr Mittel setzt die Regierung ein, um den Informationsfluss im Griff zu behalten. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass China seine Haltung bezüglich der Überwachung des Internets und der Bestrafung von Nutzern, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben, ändern wird. In dem Maße, wie sich die Internettechnologie in China ausbreitet, nehmen die Bemühungen der Behörden zu, diese zu kontrollieren. Zusätzlich zur personell gut ausgestatteten Internetpolizei, die Berichten zufolge den Cyberspace in China kontrolliert, finanziert die chinesische Regierung neue Technologien, um die Überwachung von Internetnutzern effizienter zu gestalten. Ein Beispiel hierfür ist das von Cisco entwickelte Policenet, in das im Rahmen des Projekts »Goldener Schutzschirm« 800 Millionen US-Dollar investiert wurden.⁷⁵ Policenet arbeitet in 22 der 23 chinesischen Provinzen. Es verknüpft die Daten des Amtes für Öffentliche Sicherheit im ganzen Land, um die chinesischen Bürger besser überwachen zu können.

Hardware- und Softwareunternehmen im IT-Bereich haben ihren Beitrag zur zunehmenden Komplexität des Internetfiltersystems der chinesischen Regierung geleistet. Durch ihre Kooperation im Bereich Zensurpolitik verschaffen diese Unternehmen der chinesischen Regierung außerdem eine größere Legitimität als wenn sie diese kritisch hinterfragen würden. Solange die Unternehmen kritiklos mit der chinesischen Regierung zusammenarbeiten, handeln sie nicht nur gegen ihre eigenen Grundsätze, sondern schwächen auch die chinesischen Nutzer, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben wollen.

4.4 Vom Dementi zur Bestätigung

Unternehmen, deren Ruf in eine Krise gerät, auf die sie nicht vorbereitet sind, durchlaufen oft eine Phase des Leugnens und der Rechtfertigung.⁷⁶ Dies war in vielen Branchen der Fall: in der Schuh- und Bekleidungsbranche, als die Arbeitsbedingungen in den so genannten „Sweatshops“ öffentlich wurden; in der Kakaoindustrie hinsichtlich von Zwangsarbeit in bestimmten Gegenden Afrikas; in der Pharmabranche im Zusammenhang mit der Preisgestaltung und Verteilung von Medikamenten in Entwicklungsländern; in der Rohstoffbranche, als es um Einkünfte und Beziehungen zu Sicherheitskräften in Konfliktgebieten ging; bei Biotechnologie-Firmen im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und genetisch veränderten Organismen; in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie bezüglich der gesundheitlichen Auswirkungen ihrer Produkte; in der Diamantenindustrie im Hinblick auf bewaffnete Konflikte in den Förderregionen Afrikas.

Viele der Unternehmen, die aufgrund dieser Probleme kritisiert und von der Öffentlichkeit unter Druck gesetzt wurden, haben versucht, das jeweilige Problem anzugehen. Oft wurde dabei innerhalb der Branche oder branchenübergreifend mit anderen Unternehmen zusammengearbeitet, manchmal sogar mit Regierungen und NGOs.⁷⁷

Dieser Bericht zeigt jedoch, dass einige Internetunternehmen sich weigern, wenn es darum geht, die menschenrechtlichen Konsequenzen ihrer geschäftlichen Aktivitäten in Ländern, in denen es kein Recht auf freie Meinungsäußerung gibt, anzugehen. Amnesty international ist der Ansicht, dass die Argumente, mit denen sich Yahoo!, Microsoft und Google verteidigen, einer näheren Überprüfung nicht standhalten.

»

4. DIE ROLLE VON YAHOO!, MICROSOFT UND GOOGLE

Von den drei Unternehmen ist Google dem öffentlichen Einverständnis, dass seine Praktiken den eigenen Grundsätzen widersprechen, am nächsten gekommen. Die Nutzer über die Filterung von Suchergebnissen zu informieren, ist ein erfreulicher erster Schritt. Um mehr Transparenz zu schaffen, gäbe es jedoch noch viele weitere Möglichkeiten, die das Unternehmen ebenfalls in Betracht ziehen sollte.

Grundsätzlich können alle drei Unternehmen als mitschuldig bei der Verweigerung der Informationsfreiheit durch die chinesische Regierung betrachtet werden. Es war jedoch vor allem das Unternehmen Yahoo!, das zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit beigetragen hat, indem es seinem chinesischen Geschäftspartner erlaubte, den Behörden Beweismaterial zu übermitteln, was für die Betroffenen schwer wiegende Folgen nach sich zog. Auf unterschiedliche Weise sind alle drei Unternehmen zwei fundamentalen Menschenrechtsprinzipien, die im Global Compact enthalten sind, nicht gerecht geworden:

Prinzip 1

Unternehmen sollten den Schutz international verkündeter Menschenrechte in ihrem Einflussbereich unterstützen und darauf Rücksicht nehmen.

Prinzip 2

Unternehmen sollten sicherstellen, dass sie sich durch ihre Geschäfte nicht an Menschenrechtsverstößen mitschuldig machen.

Das in diesem Bericht vorgelegte Material verdeutlicht, dass Yahoo!, Microsoft und Google die Auswirkungen ihrer Geschäfte auf die Menschenrechte, und vor allem auf die Internetpression, weitgehend außer Acht gelassen haben. Sie müssen aufhören, ihre Schuld zu leugnen, anerkennen, wo ihre Verantwortlichkeiten liegen, und sich möglichen Ansätzen zur Lösung dieser Probleme zuwenden. Die folgenden Empfehlungen zeigen auf, welche konkreten Schritte diese und andere Internetfirmen ergreifen können, um gegen die Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in China vorzugehen und zu vermeiden, zu weiteren Menschenrechtsverstößen beizutragen.

5. EMPFEHLUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL

**amnesty international fordert Yahoo!,
Microsoft, Google und andere in China tätige
Internetunternehmen auf:**

1. **Sich öffentlich zu verpflichten, die Garantien des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu achten**, wie sie in der chinesischen Verfassung verankert sind, und sich für die Freilassung aller Internet-Dissidenten und Journalisten einzusetzen, die allein wegen der friedlichen und legitimen Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.
2. **Bei den Filterungsverfahren transparent zu sein**, die die Unternehmen in China und anderen Ländern einsetzen, und öffentlich zu machen, welche Begriffe gefiltert und nach welcher Maßgabe sie ausgewählt werden.
3. **Alle Vereinbarungen öffentlich zugänglich zu machen**, welche die Unternehmen mit der chinesischen Regierung getroffen haben, die sich auf die Zensur von Informationen und die Unterdrückung kritischer Stimmen auswirken.
4. **Alle rechtlichen Möglichkeiten und Rechtsmittel in China sowie auf internationaler Ebene auszuschöpfen**, bevor das Unternehmen staatliche Vorgaben erfüllt, die Auswirkungen auf die Menschenrechte haben, und der Regierung die prinzipielle Ablehnung kundzutun, Aufforderungen oder Anweisungen nachzukommen, welche gegen internationale Menschenrechtsnormen verstoßen, sobald entsprechender Druck ausgeübt wird.
5. **Explizite Menschenrechtsleitlinien zu entwickeln**, welche eine Unterstützung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von Seiten der Unternehmen beinhalten und sich nach den Grundsätzen der UN-Normen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte und des UN Global Compact richten, um eine Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.
6. **Klarzustellen, in welchem Maße Erwägungen im Hinblick auf die Menschenrechte berücksichtigt werden**, wenn es in den Unternehmen darum geht, zu entscheiden, ob und in welchem Maße im Zuge der Unterstützung von Regierungen zur Beschränkung des Internetzugangs Werte und Reputation des jeweiligen Unternehmens aufs Spiel gesetzt werden.
7. **Eine Führungsrolle bei der Förderung der Menschenrechte in China einzunehmen**, indem gesetzliche und soziale Reformen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards gefördert werden; indem sich die Unternehmen um eine Klärung bestehender gesetzlicher Vorgaben bemühen, sowie um die Einführung von Geschäftspraktiken, die China darin bestärken, seinen Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen.
8. **Sich gemeinsam mit anderen Interessenvertretern an einem Prozess zu beteiligen**, dessen Ziel Leitsätze in Bezug auf Internet und Menschenrechte sind, sowie Mechanismen zu deren Umsetzung und der Kontrolle ihrer Einhaltung zu entwickeln als Teil umfassender Anstrengungen zur Durchsetzung von Menschenrechtsgrundsätzen in Unternehmen.

FUSSNOTEN

- 1 amnesty International, »People's Republic of China: Human Rights Defenders at Risk«, ASA 17/002/2005; »People's Republic of China: The Olympic countdown – three years of human rights reform?«, ASA 17/021/2005; »People's Republic of China: Briefing on EU concerns regarding human rights in China«, ASA 17/027/2005.
<http://web.amnesty.org/library/eng-chn/index>
- 2 Jack Goldsmith und Tim Wu, »Who controls the Internet? Illusions of a borderless World«, Oxford University Press, 2006
- 3 amnesty International: »People's Republic of China, Controls tighten as Internet activism grows«, Januar 2004,
<http://web.amnesty.org/library/index/ENGASA170052004>; Vietnam:
<http://www.web.amnesty.org/appeals/index/vnm-010805wwa-eng>; Syrien:
<http://web.amnesty.org/library/index/ENGMD240172004>; Ägypten:
<http://web.amnesty.org/appeals/index/egy-010403-wwa-eng>; Äquatorialguinea:
<http://web.amnesty.org/appeals/index/gnq-010902wwa-eng>; Angola:
<http://web.amnesty.org/appeals/index/ago-011001-wwa-eng>;
- 4 Reporter ohne Grenzen führen 15 Länder in ihrer Liste der »Schwarzen Löcher des Internets« auf. www.rsf.org/rubrique.php?id_rubrique=273
- 5 The OpenNet Initiative, Internet Filtering in China in 2004-2005: A Country Study, April 2005. http://www.opennetinitiative.net/studies/china/ONI_China_Country_Study.pdf
- 6 <http://usinfo.state.gov/dhr/Archive/2006/Mar/21-178338.html>
- 7 amnesty international nennt mehrere Unternehmen in ihrem Bericht »People's Republic of China: State Control of the Internet in China«, ASA 17/007/2002, November 2002
- 8 Die Verpflichtung, sich nicht der Beihilfe schuldig zu machen, ist einer von zehn Menschenrechtsgrundsätzen, die im UN Global Compact enthalten sind, einer Initiative des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan, an der sich etwa 2000 Unternehmen und Institutionen beteiligten. www.unglobalcompact.org/AboutTheGC/TheTenPrinciples/index.html
- 9 Die zulässigen Beschränkungen des Rechts auf unbehinderte Meinungsfreiheit sind in Artikel 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte aufgeführt. www.unhchr.ch/html/menu3/b/a_ccpr.htm
- 10 World Summit on the Information Society. <http://www.itu.int/wsis/>
- 11 Der Bericht der Arbeitsgruppe über Internetregulierung vom Juni 2005 enthält eine Arbeitsdefinition des Begriffs Internetregulierung (»internet governance«). Demnach handelt es sich dabei um die Entwicklung und Anwendung von gemeinsamen Prinzipien, Normen, Regeln, Entscheidungsverfahren und Programmen zur Weiterentwicklung und Nutzung des Internets durch Regierungen, den privaten Sektor und die Zivilgesellschaft in ihrer jeweiligen Rolle.
- 12 Kofi Annan, November 2005, Tunis.
www.itu.int/wsis/tunis/statements/docs/io-un-opening/1.html
- 13 Ergebnis der ersten Phase des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft, Genf, Dezember 2003.
www.itu.int/wsis/docs/geneva/official/dop.html
- 14 www.iris.sgdg.org/actions/smsi/hr-wsis/
- 15 www.ohchr.org/english/bodies/chr/docs/61chr/E.CN.4.2005.91.doc
- 16 »...damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.«; Präambel, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948 (Hervorhebung hinzugefügt)
- 17 [www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?Opendocument](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?Opendocument)
- 18 UN-Sonderbeauftragter zu Wirtschaft und Menschenrechten.
www.business-humanrights.org/Gettingstarted/UNSpecialRepresentative
- 19 Rede von Irene Khan, der Generalsekretärin von amnesty international auf der Konferenz zu Wirtschaft und den Menschenrechten in London im Dezember 2005, *Understanding Corporate Complicity: Extending the notion beyond existing laws*.
<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGPOL340012006?open&of=ENG-398>
- 20 »The Global Compact and Human Rights: Understanding Sphere of Influence and Complicity: OHCHR Briefing Paper«, in *Embedding Human Rights in Business Practice*, joint publication of the UN Global Compact and the Office of the UN High Commissioner for Human Rights, 2004, S. 19.
- 21 International Council on Human Rights Policy, *Beyond Voluntarism: Human rights and the developing international legal obligations of companies* (Geneva, February 2002), S. 125-136.
- 22 Die Internationale Juristenkommission hat ein Expertengremium zu der Beihilfe von Unternehmen zu internationalen Straftaten eingerichtet. www.business-humanrights.org/Updates/Archive/ICJPaneloncomplicity
- 23 amnesty International: »People's Republic of China: State Control of the Internet in China«, ASA 17/007/2002, November 2002. Im Februar 2001 forderte Human Rights Watch das Unternehmen Motorola Corp. auf, seine Verkaufsförderung und seinen Vertrieb von Kommunikationsausrüstung an die chinesische Polizei zu überdenken.
- 24 Stellungnahme von Reporter ohne Grenzen. Liste der Unterzeichner:
www.rsf.org/fonds-investissement-en.php3
- 25 amnesty International, »People's Republic of China: Uighurs fleeing persecution as China wages its war on terror«, Juli 2004.
<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGASA170212004>
- 26 amnesty International, »Yahoo's data contributes to arrests in China: free Shi Tao from prison in China! Case details and action«.
<http://web.amnesty.org/pages/chn-310106-action-eng>
- 27 China Internet Network Information Center *16th Statistical Survey Report on the Internet Development in China* (July 2005).
www.cnnic.net.cn/download/2005/2005072601.pdf

»

FUSSNOTEN

- 28 OpenNet Initiative *Internet Filtering in China in 2004-2005: A Country Study*, 14 April 2005, S. 4. www.opennetinitiative.net/studies/china/
- 29 Aussage von Harry Wu vom China Information Center vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006. http://www.house.gov/international_relations/109/wu021506.pdf
- 30 Aussage von T. Kumar zu Menschenrechten und dem Internet in China vor der Menschenrechtssitzung des US-Kongresses. [http://lantos.house.gov/HoR/CA12/Human+Rights+Caucus/Briefing + Testimonies/02-06-06+Testimony+of+T.+Kumar+China+Google+ Briefing.htm](http://lantos.house.gov/HoR/CA12/Human+Rights+Caucus/Briefing+Testimonies/02-06-06+Testimony+of+T.+Kumar+China+Google+Briefing.htm)
- 31 ebd
- 32 <http://www.isoc.org>
- 33 www.isoc.org/members/codeconduct.shtml
- 34 <http://docs.Yahoo!.com/info/values/>
- 35 <http://yhoo.client.shareholder.com/press/ReleaseDetail.cfm?ReleaseID=187401>
- 36 <http://brand.Yahoo!.com/forgood/responsibility/privacy.html>
- 37 Aussage von Michael Callahan, Senior VP and General Counsel, Yahoo! Inc., vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006. http://www.house.gov/international_relations/109/cal021506.pdf
- 38 Reporter ohne Grenzen führen 15 Länder in ihrer Liste der »Schwarzen Löcher des Internets« auf. www.rsf.org/rubrique.php?id_rubrique=273
- 39 amnesty International, *People's Republic of China, Controls tighten as Internet activism grows*, ASA 17/001/2004, Januar 2004.
- 40 Yahoo! response to Amnesty International action on freedom of expression in China. www.reports-and-materials.org/Yahooresponse-re-Amnestyaction-on-Shi-Tao-16-May-2006.doc
- 41 2005 Citizenship Report. [http://download.microsoft.com/download/ f/b/f/fb-f17e42-bb6b-4ffb-bf3c-2bbfe1b76548/CitizenshipReport_ Composite_Low-Res_9-22-05.pdf](http://download.microsoft.com/download/f/b/f/fb-f17e42-bb6b-4ffb-bf3c-2bbfe1b76548/CitizenshipReport_Composite_Low-Res_9-22-05.pdf)
- 42 Stellungnahme von Microsoft, 16. Mai 2006. www.reports-and-materials.org/Microsoft-response-re-Amnesty-action-on-China-censorship-16May-2006.doc
- 43 Microsoft 2004 Citizenship Report. [http://download.microsoft.com/download/ 7/5/4/7548d2a2-9d22-4d2d-8c13-2521f6a1c148/ citizenship2004.pdf](http://download.microsoft.com/download/7/5/4/7548d2a2-9d22-4d2d-8c13-2521f6a1c148/citizenship2004.pdf)
- 44 http://openacademy.minddef.gov.sg/OpenAcademy/Learning%20Resources/Microsoft/words/words_8a.htm
- 45 www.microsoft.com/presspass/ofnote/12-05Newsweek.msp
- 46 Microsoft 2003 Citizenship Report. [http://download.microsoft.com/download/ 7/5/4/7548d2a2-9d22-4d2d-8c13-2521f6a1c148/ citizenship2003.pdf](http://download.microsoft.com/download/7/5/4/7548d2a2-9d22-4d2d-8c13-2521f6a1c148/citizenship2003.pdf)
- 47 ebd
- 48 John Battelle, *The Search: How Google and Its Rivals Rewrote the Rules of Business and Transformed Our Culture*, 2005, Penguin
- 49 www.smh.com.au/news/breaking/google-just-wants-to-getbigger/2006/03/03/1141191817544.html
- 50 www.ipogoogle.org/founders-letter.htm
- 51 Eric Schmidt, »Let more of the world access the web«, *Financial Times*, 22 May, 2006
- 52 ebd
- 53 Aussage von Elliot Schrage, VP Global Communications and Public Affairs Google Inc, vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006. [http://www.house.gov/international_ relations/109/sch021506.pdf](http://www.house.gov/international_relations/109/sch021506.pdf)
- 54 Andrew McLaughlin, Senior Policy Counsel Google, »Google in China«, 27. Januar 2006. [http://googleblog.blogspot.com/2006/01/ google-in-china.html](http://googleblog.blogspot.com/2006/01/google-in-china.html)
- 55 Google response to Amnesty International action on censorship in China. <http://www.reports-and-materials.org/Google-response-re-Amnesty-action-on-China-censorship-15-May-2006.doc>
- 56 Aussage von Elliot Schrage, VP Global Communications and Public Affairs Google Inc, vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006. [http://www.house.gov/international_ relations/109/sch021506.pdf](http://www.house.gov/international_relations/109/sch021506.pdf)
- 57 siehe Empfehlungen in Kapitel 5
- 58 22. Mai 2006. www.google.com/support/bin/answer.py?answer=17795&topic=368
- 59 Aussage von James A. Leach in einer Anhörung vor dem Ausschuss für internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses am 15. Februar, 2006. [http://www.house.gov/ international_relations/109/leach021506.pdf](http://www.house.gov/international_relations/109/leach021506.pdf)
- 60 Den Wahrheitsgehalt der Fälle von Shi Tao und Li Zhi hat amnesty international nach Prüfung bestätigt.
- 61 [www.smh.com.au/news/breaking/google-just-wants-to-getbigger/ 2006/03/03/1141191817544.html](http://www.smh.com.au/news/breaking/google-just-wants-to-getbigger/2006/03/03/1141191817544.html)
- 62 Bill Gates' *Business @ The Speed of Thought Web Site*. www.microsoft.com/billgates/speedofthought/looking/additional.asp
- 63 Aussage von Elliot Schrage, VP Global Communications and Public Affairs Google Inc, vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006. [http://www.house.gov/international_ relations/109/sch021506.pdf](http://www.house.gov/international_relations/109/sch021506.pdf)

»

FUSSNOTEN

- ⁶⁴ Aussage von Michael Callahan, Senior VP and General Counsel, Yahoo! Inc., vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006.
http://www.house.gov/international_relations/109/cal021506.pdf
- ⁶⁵ OpenNet Initiative Internet Filtering in China in 2004-2005: A Country Study
www.opennetinitiative.net/studies/china/
- ⁶⁶ Microsoft 2004 Global Citizenship report
<http://download.microsoft.com/download/7/5/4/7548d2a2-9d22-4d2d-8c13-2521f6a1c148/citizenship2004.pdf>
- ⁶⁷ Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. (Artikel 19, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)
- ⁶⁸ Artikel 19, Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
www.unhcr.ch/html/menu3/b/a_ccpr.htm
- ⁶⁹ Aussage von Jack Krumholtz, Associate General Counsel and Managing Director, Federal Government Affairs, Microsoft Corporation, vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar, 2006
http://www.house.gov/international_relations/109/kru021506.pdf
- ⁷⁰ Aussage von Tom Malinowski von Human Rights Watch vor der Menschenrechtssitzung des US-Kongresses zu Menschenrechten und dem Internet in der Volksrepublik China am 1. Februar 2006
<http://lantos.house.gov/HoR/CA12/Human+Rights+Caucus/Briefing+Testimonies/02-06-06+Testimony+of+Tom+Malinowski+China+Google+Briefing.htm>
- ⁷¹ Aussage von Elliot Schrage, VP Global Communications and Public Affairs Google Inc, vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006.
http://www.house.gov/international_relations/109/sch021506.pdf
- ⁷² Aussage von Sharon Hom, Geschäftsführende Direktorin von Human Rights in China, vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006.
http://www.house.gov/international_relations/109/hom021506.pdf
- ⁷³ Aussage von Harry Wu vom China Information Center vor dem Unterausschuss für Afrika, globale Menschenrechte und internationale Transaktionen und dem Unterausschuss für Asien und den Pazifik, 15. Februar 2006.
- ⁷⁴ www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/02/20/AR2006022001305.html
- ⁷⁵ Der »Goldene Schutzschirm« ist eine Initiative der chinesischen Regierung. Eines ihrer Ziele ist die Entwicklung einer Online-Datenbank mit einem allumfassenden Überwachungsnetzwerk, das es den Behörden ermöglichen würde, umgehend Zugriff auf Daten aller Bürger des Landes zu bekommen.
- ⁷⁶ Modell von J.F. Rischard, The Five Stage Classification of Business Engagement
- ⁷⁷ z.B.: »Voluntary Principles on Security and Human Rights«; Kimberley Process; Harkin-Engel Protocol; und Ethical Trading Initiative.